

**BBE-Geschäftsstelle  
Arbeitsbereich Europa**

**Recherche**

# **Integration Geflüchteter durch zivilgesellschaftliches Engagement in Europa**

# Inhalt

## Einführung

### **1. Zivilgesellschaftliche Initiativen zur Unterstützung und Integration Geflüchteter**

- a. Wirkung und Grenzen ehrenamtlicher Initiativen „der ersten Stunde“
- b. Von lokalen Gruppen zu europäischen Netzwerken

### **2. Staatliche Integrationspolitik und die Rolle der Zivilgesellschaft**

- a. Politikumsetzung durch Erbringung von Dienstleistungen
- b. Mentoringprogramme
- c. Schulungen und Kompetenzfeststellungen
- d. Initiativen auf lokaler Ebene

### **3. Programme und Maßnahmen auf europäischer Ebene**

### **4. Beispielsammlung: Projekte und Netzwerke**

- a. Projekt- und Programmbeispiele aus ausgewählten Ländern
- b. EU-Förderprogramme zur Integration

## Literatur/Materialien/Ressourcen

## Impressum

## Einführung

Europa erlebte insbesondere im Sommer 2015 einen zuvor nicht gekannten Anstieg von Flüchtenden, die über verschiedene Routen und unter gefährlichsten Bedingungen Zuflucht in der Europäischen Union suchten. Die politischen Auswirkungen sind vielschichtig und werden uns im Hinblick auf das europäische Grenzregime, die Solidarität unter den EU-Mitgliedern und insgesamt die Zukunft der Europäischen Union noch lange beschäftigen, gerade weil in den kommenden Jahren weltweit nicht mit einer sinkenden Flüchtlingszahl zu rechnen ist.

Für die demokratisch verfasste und auf Werten basierende europäische Zivilgesellschaft stellt diese Situation nach wie vor eine große Herausforderung dar, für die sie – ebenso wie die europäische Politik – nach Antworten und Lösungen sucht. Gerade angesichts der Instrumentalisierung der gestiegenen Zuwanderungsbewegung nach Europa durch rechtspopulistische Kräfte und nationalistische Regierungsvertreter in einigen europäischen Ländern gilt es, sich angesichts der Nöte der fliehenden Menschen für eine menschenwürdige Flüchtlings- und Aufnahmepolitik in Europa auf Basis der Grundwerte der Solidarität und Menschenrechte stark zu machen, ohne die Herausforderungen der Integration auszublenken. Hier zeigten sich bereits im Jahr 2015 – dem Moment, der als Beginn der „Flüchtlingskrise“ bezeichnet wurde – Kraft und Wirkung der Zivilgesellschaft. Nicht nur in der unmittelbaren Flüchtlingshilfe vor Ort in einer Zeit, in der Politik und Verwaltung sichtlich überfordert mit dem Umgang des Zuzugs waren, sondern auch in der Beeinflussung des öffentlichen Diskurses.

Die vorliegende europäisch vergleichende Recherche „Integration<sup>1</sup> Geflüchteter<sup>2</sup> durch zivilgesellschaftliches Engagement in Europa“ setzt an dieser Debatte an und möchte die Rolle

<sup>1</sup> Unter **Integration** wird die Teilhabe an den zentralen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens verstanden, von frühkindlicher Erziehung, Bildung und Ausbildung, über die Teilhabe am Arbeitsmarkt, an den Rechts- und Sozialsystemen, dem gesellschaftlichen Leben, bürgerschaftlichen Engagement und der politischen Teilhabe.

<sup>2</sup> Beim Begriff Flüchtling oder **Geflüchteter** ist zu differenzieren, auch wenn es im Kontext dieser Recherche nicht stringent durchgezogen werden kann. In der öffentlichen Debatte werden die Begriffe „AsylbewerberIn“ bzw. „Asylsuchende/-r“, „Flüchtling“ und „MigrantIn“ oft synonym verwendet. „MigrantIn“ ist dabei ein Oberbegriff für alle Personen, die mit der Absicht, dort eine bestimmte Zeit zu bleiben, in ein anderes Land einreisen – d.h. keine Touristen oder Geschäftsreisenden. Er umfasst dauerhafte und temporäre ZuwandererIn mit gülti-

der Zivilgesellschaft in dem nach 2015 überall in Europa angestoßenen Prozess beleuchten, unter den Bedingungen der gestiegenen Zuwanderungszahlen die Integrationspolitik neu auszurichten.

Dabei geht die Recherche im ersten Teil (**Zivilgesellschaftliche Initiativen zur Unterstützung und Integration Geflüchteter**) zunächst der Frage nach, welche ehrenamtlich getragenen Initiativen und Projekte unmittelbar zu Beginn oder in direkter Folge des Sommers 2015 entstanden sind, vor welchen Herausforderungen sie standen und was sie auch über Ländergrenzen hinweg verbindet. Dabei handelt es sich zumeist um spontane Hilfsmaßnahmen, die anfangs oft keinerlei staatliche Unterstützung erhielten und rein ehrenamtlich getragen waren. Im Unterschied dazu behandelt der zweite Teil (**Staatliche Integrationspolitik und die Rolle der Zivilgesellschaft**) die Entwicklungen in der Integrationspolitik der EU-Mitgliedstaaten als Folge der steigenden Zuwanderungszahlen ab 2015. Insbesondere wird Bezug genommen auf Nationale Aktionspläne oder Strategien der Integration und gefragt, in welcher Weise zivilgesellschaftliche Akteure an ihrer Formulierung beteiligt sind und welche Rolle ihnen in der Umsetzung zukommt – als Dienstleister, Partner und/oder Koproduzent staatlicher Aufgaben und Maßnahmen. Der dritte Teil widmet sich in gleicher Weise der europäischen Integrationsförderung und -politik, und der vierte Teil beinhaltet eine Beispielsammlung von Projekten aus ausgewählten Ländern sowie eine Übersicht der EU-Förderprogramme für zivilgesellschaftliche Aktivitäten.

Diese Recherche wurde im Rahmen des gleichnamigen Jahresschwerpunktthemas 2016/17 des Arbeitsbereichs Europa des BBE erstellt. In einer ersten Fassung ist sie Ende des Jahres 2016 abgeschlossen und im Frühjahr 2018 überarbeitet und um aktuelle Beispiele und Entwicklungen ergänzt worden.

Da Deutschland sicherlich einer der Vorreiter in Europa hinsichtlich seiner Bemühungen und Investitionen in gute Rahmenbedingungen für Integration und auch im Hinblick auf die Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteure in die Gestaltung integrationspolitischer Maßnahmen

---

gem Aufenthaltstitel oder Visum, AsylbewerberIn sowie undokumentierte MigrantInnen, die keiner der drei erstgenannten Gruppen angehören. Der Begriff Flüchtling/Geflüchtete/-r bezeichnet Personen, die erfolgreich Asyl beantragt haben und denen eine Art von Schutz – Flüchtlingsschutz oder anderweitiger Schutz – zuerkannt wurde. „AsylbewerberIn“ bzw. „Asylsuchende“ sind Personen, die einen Asylantrag gestellt haben, über den jedoch noch nicht entschieden wurde. Personen, die im Aufnahmeland bleiben, nachdem ihnen die Anerkennung als humanitäre MigrantInnen verweigert wurde, werden zu undokumentierten MigrantInnen.

ist, ergibt der europäisch-vergleichende Blick weniger eine ausgewiesene Modellsammlung von Beispielen guter Praxis mit Transferpotential nach Deutschland, wie es ursprünglich im Design der Jahresschwerpunktt Themen des BBE-Europabereichs angelegt war. Gleichwohl zeigt die Recherche die Vielfältigkeit zivilgesellschaftlichen Engagements in der Aufnahme, Begleitung und Integration Geflüchteter in allen Ländern Europas. Deutschlands staatliche und zivilgesellschaftliche Aufgabe kann zukünftig noch stärker darin liegen, die eigenen guten Projekt- und Kooperationserfahrungen im Integrationsbereich in europäische Netzwerke und an Akteure in anderen europäischen Ländern weiterzugeben.

### Hintergrundinformation

Im Jahr 2015 befanden sich laut den Vereinten Nationen weltweit über 65 Millionen Menschen auf der Flucht. Das entspricht einem Anstieg von über 200 Prozent im Vergleich zum Jahr 2000. Diese Menschen sind aufgrund gewaltsamer Konflikte oder Naturkatastrophen gezwungen, ihre Heimat zu verlassen und auf die Hilfe der internationalen Staatengemeinschaft angewiesen. Aktuell wird diskutiert, welchen Schutzanspruch die Menschenrechte den von Klimaflucht Betroffenen einräumen können. 2016 war die Zahl der Geflüchteten ähnlich hoch, und wird aller Voraussicht nach auch in den kommenden Jahren nicht signifikant fallen. Gestiegen ist auch die Anzahl derer, die als MigrantInnen aus wirtschaftlichen Gründen ihr Heimatland verlassen.



## 1. Zivilgesellschaftliche Initiativen zur Unterstützung und Integration Geflüchteter

### Wirkung und Grenzen ehrenamtlicher Initiativen „der ersten Stunde“

Eine der ersten sichtbaren Reaktionen in den ersten Wochen der sogenannten „Flüchtlingskrise“ im Sommer 2015 war eine beispiellose Solidarität mit Flüchtenden beinahe überall in Europa. Sie zeigte sich vielfach in spontan organisierten Hilfsaktionen Freiwilliger in dem Moment, da staatliche oder zivilgesellschaftlich verbandlich koordinierte Unterstützungsverfahren (noch) nicht greifen konnten. Ein Beispiel sind etwa die „Bahnhofsgruppen“, die sich angesichts der dramatischen Zustände an den überfüllten Zugbahnhöfen sowie an den Erstaufnahme- und Registrierungsstellen entlang der Flüchtlingsroute durch Europa etwa in Budapest oder Wien gründeten und ehrenamtlich private Hilfsmaßnahmen in Verpflegung, Übernachtung und Information/Beratung koordinierten. Damit fanden der Wert und Eigensinn des bürgerschaftlichen Engagements starken Ausdruck nicht nur als eine Reaktion auf eine vielerorts überforderte Verwaltung. Vielmehr trug diese unmittelbare Hilfe der ersten Stunde nicht zuletzt durch ihre mediale Vermittelbarkeit wesentlich zu einem zumindest anfänglich positiven Willkommensbild bei.

Vor diesem Hintergrund erscheint die ehrenamtliche Flüchtlingsarbeit eine Reaktion auf eine doppelte Krise zu sein. Sie antwortet nicht nur auf eine humanitäre Krise, sie kontert auch eine politische<sup>3</sup>. So trifft die Welle der Hilfsbereitschaft auf eine Migrations- und Flüchtlingspolitik in Europa, die prinzipiell auf Abschottung an den Außengrenzen sowie Isolierung und Marginalisierung im Inneren, etwa durch das Asylbewerberleistungsgesetz und Lagerunterbringung, ausgerichtet bleibt.

<sup>3</sup> Die Ergebnisse der Studie „Ehrenamtliche Flüchtlingsarbeit (EFA)“ des Berliner Instituts für Integrations- und Migrationsforschung (BIM) verdeutlicht am Beispiel Deutschlands, dass die Solidarität mit Geflüchteten eine Gratwanderung zwischen kurzfristiger Hilfe und der langfristigen Gestaltung einer inklusiveren Gesellschaft ist: Mit 74 Prozent gibt ein Großteil der befragten Ehrenamtlichen als wichtiges Motiv für ihr Engagement an, die Gesellschaft aktiv mitgestalten zu wollen.

Vgl.: Karakayali, Serhat; Kleist, Olaf (2015): EFA-Studie. Strukturen und Motive der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit (EFA) in Deutschland, 1. Forschungsbericht. Online Verfügbar unter URL: [http://www.bim-berlin.de/media/2015-05-16\\_EFA-Forschungsbericht\\_Endfassung.pdf](http://www.bim-berlin.de/media/2015-05-16_EFA-Forschungsbericht_Endfassung.pdf)

In einer zweiten Phase nach der Ausnahmesituation im Sommer und Herbst 2015 haben Politik und Verwaltung versucht, wieder Kontrolle über die Lage zu bekommen. Programme für Soforthilfe wurden aufgelegt oder ausgeweitet, und der Schulterschluss mit den ehrenamtlichen Initiativen gesucht. Gleichzeitig ist diese Phase gekennzeichnet durch einen Grundkonflikt in vielen europäischen Ländern über die Verteilung und Verwendung nun frei werdender Mittel. Nicht selten ging dies zulasten der Initiativen der ersten Stunde und zugunsten etablierter zivilgesellschaftlicher Akteure.

Zugleich zeigt sich in vielen europäischen Ländern, in denen Ehrenamtliche die Hauptaufgaben der Betreuung der Flüchtenden übernommen haben, dass der Grat zwischen kurzfristiger Hilfe und der aktiven Mitgestaltung des Zusammenlebens schmal sein kann. Im Zuge der Willkommenskultur-Debatte wurde deutlich, dass das Engagement für Geflüchtete nicht zwangsläufig positive Auswirkungen auf die Stärkung ihrer Rechte haben muss. Stattdessen kann unreflektierte Hilfe gar zu unerwarteten und problematischen Entwicklungen führen, die schlimmstenfalls Ungleichheiten verstärken, anstatt sie abzubauen, und sich daher zum Nachteil geflüchteter Menschen auswirken. Solche aktuelle Gefahren, die kontraproduktiv auf die langfristige Inklusion Geflüchteter wirken könnten, sind beispielsweise:

- Durch „Helfer-Mentalitäten“ können Abhängigkeiten entstehen und Ungleichheiten festgeschrieben werden: Das Verhältnis zwischen Asylsuchenden und helfenden BürgerInnen wird auf ein einfaches Geben und Nehmen reduziert. Statt zu einem gleichberechtigten Miteinander kommt es so zu einem ungleichen Machtverhältnis zwischen passiven Hilfsempfängern oder Opfern und aktiven Helfern. Dabei sind es oft die Helfer, die die Konditionen und den Umfang der Hilfe definieren.
- Eine einseitige Willkommenskultur kann die Auseinandersetzung mit umstrittenen Asylgesetzen und Formen von Rassismus verhindern: Geht die Solidarität und Hilfe für Geflüchtete nicht mit einer kritischen Diskussion der rechtlichen, institutionellen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen einher, kann ein einseitig positives und selbstgenügsames Bild einer Willkommenskultur entstehen, obwohl geflüchtete Menschen nach wie vor vielfältiger Ungleichbehandlung ausgesetzt sind. So zeigt eine Studie aus dem Jahr 2014, dass Vorurteile und feindselige Einstellungen gegen-

über Flüchtlingen bei etwa 44 Prozent der deutschen Bevölkerung und durchaus auch in der gesellschaftlichen Mitte weit verbreitet sind<sup>4</sup>.

- Freiwilliges Engagement könnte dauerhaft staatliche Aufgaben übernehmen, sollte die Hilfe nicht mit der Forderung nach Reformen einhergehen: Viele engagierte BürgerInnen sprangen oftmals dort ein, wo sich Behörden überfordert zeigten. Sie übernahmen zeitweise Aufgaben der Erstversorgung, die eigentlich von staatlicher Seite geleistet werden sollten. Im Falle eines langfristigen Ungleichgewichts zwischen staatlichen Aufgaben, gesetzlichen Rahmenbedingungen und bürgerschaftlichem Engagement könnte dies zu einer Dauerlösung werden, was strukturelle Reformen verhindert.

Diese Gefahren könnten eine langfristige Integration von Geflüchteten und ihre Anerkennung als gleichberechtigte MitbürgerInnen behindern. Vor diesem Hintergrund erscheint es von Bedeutung, dass sich das zivilgesellschaftliche Engagement in Zukunft vom kurzzeitigen „Willkommen“ hin zu einem nachhaltigen „Ankommen“ weiterentwickelt. Engagierte BürgerInnen sind von Bedeutung, weil sie Brücken zur Aufnahmegesellschaft bauen, Austauschplattformen schaffen und als „Vermittler“ zwischen einheimischen und geflüchteten Menschen wirken können. Zudem können sie auf Ungerechtigkeiten und Probleme hinweisen, Veränderungen fordern und so aktiv auf die Gestaltung des Zusammenlebens einwirken.

### **Von lokalen Gruppen zu europäischen Netzwerken**

Die oben beschriebene Rolle zivilgesellschaftlicher Initiativen „der ersten Stunde“ ist europäisch sicherlich nur ansatzweise vergleichbar, da es sowohl hinsichtlich der tatsächlich ankommenden Flüchtendenzahlen als auch der nationalen gesellschaftlichen und politischen Einstellungen und Positionen zu Willkommenskultur und Aufnahmebereitschaft gravierende Unterschiede gibt.

---

<sup>4</sup> Zick, Andreas; Klein, Anna (2014): Fragile Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014. Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung im J.H.W. Dietz Verlag, Bonn. S. 82ff. Online verfügbar unter: [http://www.fes-gegen-rechtsextremismus.de/pdf\\_14/FragileMitte-FeindseligeZustaeende.pdf](http://www.fes-gegen-rechtsextremismus.de/pdf_14/FragileMitte-FeindseligeZustaeende.pdf)

Festzuhalten bleibt gleichwohl, dass in allen Ländern der Europäischen Union derartige zivilgesellschaftliche Initiativen bestanden haben und bestehen: Seit jeher in den Ländern mit EU-Außengrenzen wie Spanien, Italien oder Griechenland, in die es schon lange vor 2015 einen kontinuierlichen Zuzug registrierter und unregistrierter MigrantInnen gibt; in bedeutender Anzahl in allen Ländern der Route der Flüchtenden im Sommer 2015 über Ungarn, Österreich, Deutschland, Frankreich, BeNeLux und die skandinavischen Länder. Aber auch in Großbritannien, in das während der vergangenen drei Jahre kaum eine nennenswerte Zuwanderung Geflüchteter erfolgte, haben sich mit Blick auf eine mögliche Einführung von europäischen Verteilungsquoten zahlreiche Organisationen für Unterstützungsmaßnahmen vorbereitet, so etwa das Freiwilligenzentrum Sheffield, das zwischen 2015 und 2017 fortlaufend Räumlichkeiten und eine Beratungsinfrastruktur für bis zu 5.000 Neuankommende offen hielt, die in dieser Größenordnung allerdings nie kamen. Und selbst in den Ländern mit nationalistisch-repressiver staatlicher Aufnahmepolitik wie Rumänien, Bulgarien, den baltischen Staaten oder den sogenannten Visegrad-Ländern haben zahlreiche zivilgesellschaftliche Gruppen und sozial engagierte Verbände durch ihre Unterstützung und öffentliche Kampagnen einen wichtigen Gegenpol zur der ablehnenden gesellschaftlichen Grundstimmung gegenüber Einwanderung geschaffen. Hier bestand und besteht jedoch ein großes Problem in den öffentlichen Anfeindungen und Diffamierungen der Engagierten.

Transnationale Vernetzung und Erfahrungsaustausch unter diesen Organisationen hat es bereits vor 2015 gegeben, etwa in dem Projekt [GIVE – Grassroots Integration through Volunteering Experience](#)<sup>5</sup>:

Von Dezember 2012 bis Mai 2014 wurde das Projekt *GIVE – Grassroots Integration through Volunteering Experience* – in den Landesbüros der Internationalen Organisation für Migration (IOM) in Großbritannien, Irland, den Niederlande und Österreich mit jeweils nationalen Agenturen für Freiwilligenarbeit als Projektpartner durchgeführt. Der Partner für das IOM Landesbüro für Österreich war die Caritas Steiermark. Das Ziel von GIVE war es, die Teilnahme von MigrantInnen im öffentlichen Leben zu erhöhen und das Zusammenleben durch die Schaffung und Stärkung einer inklusiven Nachbarschaft zu erleichtern. Das Projekt zielte außerdem darauf ab, die öffentliche

<sup>5</sup> <http://www.iomvienna.at/de/give-%E2%80%93-grassroots-integration-through-volunteering-experience>

Wahrnehmung von Migration und Diversität durch eine Öffentlichkeitskampagne positiv zu prägen.

Jedes teilnehmende Land erstellte einen nationalen Bericht, in dem der Status Quo zu Freiwilligenarbeit und Integration erhoben wurde. Die jeweiligen Länderberichte wurden zu einem Synthesebericht zusammengeführt. Ein Toolkit wurde für interessierte MigrantInnen und Organisationen in der Freiwilligenarbeit erstellt und in die jeweiligen Sprachen der teilnehmenden Länder übersetzt. Die nationalen Agenturen für Freiwilligenarbeit organisierten Workshops zur Bewusstseinsbildung innerhalb der Organisationen in der Freiwilligenarbeit bezüglich des Potenzials von MigrantInnen. Eine Öffentlichkeitskampagne zielte auf die Steigerung der positiven öffentlichen Wahrnehmung von Migration und Diversität ab. Jedes teilnehmende Land engagierte sich darin, interessierte MigrantInnen mit geeigneten Freiwilligenorganisationen zusammenzubringen.

Derartige Kooperationen erhielten mit den Entwicklungen seit 2015 eine neue Bedeutung und Wichtigkeit. Zum einen, weil es Flüchtlingsbewegungen nicht nur in ein europäisches Land, sondern quer durch die Europäische Union gab, weshalb zum Beispiel Einzelfallbetreuungen etwa traumatisierter MigrantInnen nur im grenzüberschreitenden Austausch effektiv waren. Zum anderen, weil Erfahrungsaustausch und Projekttransfer in diesem für viele Organisationen neuen Engagementfeld von großer Wichtigkeit waren und weiterhin sind. Unterstützend spielten dabei zunächst Stiftungen bzw. Stiftungsnetzwerke eine wichtige Rolle, wie etwa das [European Programme for Integration and Migration \(EPIM\)](#)<sup>6</sup>:

*Das European Programme for Integration and Migration (EPIM) ist ein Zusammenschluss von 13 Stiftungen und elf assoziierten Stiftungen Europas, die mit ihrer Arbeit zivilgesellschaftliche Organisationen in Europa unterstützen. Das Network of Foundations (NEF) ist Träger dieses Programms. EPIM unterstützt Projekte mit unbegleiteten Geflüchteten. Sie stellen eine besonders schutzbedürftige Gruppe der Geflüchteten dar. Viele stehen unter traumatisierenden Erfahrungen: Entwurzelung, Desorientie-*

---

<sup>6</sup> <http://www.epim.info/>

rung, Angst, Alleinsein und Gewalterfahrungen haben den Ankunftsweg dieser Menschen bestimmt.

Ziel ist es, dieser Gruppe Schutz und eine langfristige Perspektive zu bieten. Die Aufenthaltsdauer in Europa und der rechtliche Status des Asylantrags sind nicht relevant. Die Arbeit des Programms findet in europäischen Ländern statt, die im besonderen Maße unbegleitete minderjährige Flüchtlinge aufnehmen. Die Länder des EPIM-Programms sind Griechenland, Italien, Belgien und Deutschland. EPIM unterstützt Projekte finanziell, die in ihren Ländern versuchen, die Versorgung in den Systemen zu ermöglichen und die mit solchem privaten Kapital eine Verbesserung in diesem Feld erzielen möchten. Darüber hinaus arbeitet EPIM mit einem großen Netzwerk an Organisationen zusammen, um sich auf europäischer Ebene auszutauschen, gute Beispiele zu erkennen, zu transferieren sowie eine einheitliche europäische Politik zu schaffen. Die Bertelsmann Stiftung z.B. beteiligt sich am EPIM-Programm und sieht die Integration von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen als eine wichtige Herausforderung für die europäische Gesellschaft. Investitionen in die Potenziale und die Zukunft dieser Kinder und Jugendlichen sind unverzichtbar für das spätere Zusammenleben in Europa.

Als Reaktion auf die Situation im Jahr 2015 und mit dem Ziel, aktuelle migrationsbezogene Herausforderungen besser zu verstehen und mit politischen Entscheidungsträgern und der europäischen Zivilgesellschaft in eine Debatte über Lösungen einzutreten, wurde im Jahr 2016 der [Mercator Dialogue on Asylum and Migration \(MEDAM\)](http://www.medam-migration.eu/)<sup>7</sup> ins Leben gerufen:

Das gemeinsame Forschungsprojekt des Instituts für Weltwirtschaft (IfW) in Kiel, des Centre for European Policy Studies (CEPS) in Brüssel und des Migration Policy Centre (MPC) am Europäischen Hochschulinstitut (EHI) in Florenz widmet sich mit Unterstützung der Mercator Stiftung – insbesondere aus wirtschaftswissenschaftlicher Perspektive – dem Europäischen Asylsystem, der wirtschaftlichen und sozialen Integration von MigrantInnen und den Auswirkungen von Flucht und Migration auf die Herkunftsstaaten. Mit dem *Assessment Report 2017* legt MEDAM seinen ersten jährli-

---

<sup>7</sup> <http://www.medam-migration.eu/>

chen Bericht zu den zentralen Herausforderungen vor, denen sich die EU und ihre Mitgliedstaaten bezüglich Asyl, Migration und Mobilität stellen müssen. Fragen der politischen Steuerung und fairen Lastenverteilung sowohl global als auch innerhalb der EU werden ebenso thematisiert wie eine Ausweitung der legalen Zugangswege zum europäischen Arbeitsmarkt. Aus der wissenschaftlichen Analyse wurden neun Handlungsempfehlungen entwickelt. Der Assessment Report 2017 und die Handlungsempfehlungen sind der Ausgangspunkt für einen Austausch mit politischen Entscheidungsträgern und der europäischen Zivilgesellschaft. Im nächsten Schritt werden daraus Vorschläge für konkrete Maßnahmen und Reformen der Asyl- und Migrationspolitik auf europäischer und nationaler Ebene entwickelt.

EU-Institutionen nahmen sich wenig später der Förderung des Austausches und der Unterstützung europäischer Projekte und Netzwerke zur Unterstützung Geflüchteter an. Sowohl symbolisch als auch politisch sei hier der Zivilgesellschaftspreis des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses EWSA hervorzuheben, der [Civil Society Prize: Outstanding Initiatives supporting Migrants' Integration in Europe](#):

Mit dem Preis der Zivilgesellschaft 2016<sup>8</sup> des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) sollen Organisationen der Zivilgesellschaft und/oder Einzelpersonen ausgezeichnet werden, die mit ihrer Unterstützung von Flüchtlingen und MigrantInnen entscheidend dazu beigetragen haben, dass diese Aufgabe bewältigt wird und gleichzeitig die europäischen Werte und der Zusammenhalt gefördert werden:

*„On 15 December, the EESC rewarded five initiatives carried out by civil society organisations and individuals, aimed at improving migrants' lives and fostering their integration in society. The first prize was awarded to Artemisszió Foundation, a Hungarian NGO providing refugees with safe places to support their integration. The second prize was shared among four initiatives: Dionisis Arvanitakis, a Greek baker who bakes 100kg of bread for migrants every day; Sos Arrazakeria, a Spanish NGO that is helping migrant families to integrate into local communities; SOS Mediterranee Germany, a project which rescued more than 5.400 refugees in Mediterranean; Iliaktida,*

<sup>8</sup> <http://www.eesc.europa.eu/en/agenda/our-events/events/2016-eesc-civil-society-prize-migrants>

*a Greek initiative which gets refugees out of camps and integrates them into local communities.“*

Aber auch auf nationaler Ebene schufen die Eindrücke und Erfahrungen des Sommers 2015 häufig eine europäische Ausrichtung der nationalen Debatte um Einwanderung und Integration. Die nationale Prämierung erfolgreicher Crowdfunding-Projekte in diesem Bereich wurde 2016 beispielsweise in Österreich unter dem Titel „[CALL4Europe: Zivilgesellschaft setzt Zeichen für Integration](#)“ mit dem Kriterium einer europäischen Dimension ausgeschrieben:

Der Verein Respekt.net hat im Rahmen dieses Wettbewerbs insgesamt 100.000 Euro an zehn Projekte vergeben, die zuvor von einer hochkarätig besetzten Jury ausgewählt wurden. Acht Siegerprojekte präsentieren neue Konzepte und kreative Ansätze, um Menschen mit Fluchterfahrung nachhaltig in Österreich und Europa zu integrieren. Im Crowdfunding haben die Projekte erfolgreich Unterstützer mobilisiert, um die Hälfte ihres Projektbudgets selbst aufzustellen. Das Preisgeld wurde auf der Crowdfunding-Plattform [www.respekt.net](http://www.respekt.net) in Form einer Verdopplungsspende an die Projekte vergeben. Jedes Projekt musste die Hälfte des Budgets selbst durch Unterstützer aufreiben und somit unter Beweis stellen, dass auch eine Crowd – also eine Menge an Leuten – an ihre Idee glaubt. Siegerprojekte waren u.a.:

- Die [Sprachlern-App uugot.it](#) ermöglicht es, während dem Fernsehen interaktive Untertitel auf das Smartphone zu streamen und dabei neue Wörter sofort nachzuschlagen. So wird das Erlernen von Sprachen wesentlich erleichtert.
- Umfassende soziale Betreuung für Flüchtlinge und Integration in den österreichischen Arbeitsmarkt möchte das Projekt „[\[HOME\] is where your heart is safe!](#)“ schaffen. Der innovative Ansatz von [HOME] kombiniert psychosoziale und fachliche Begleitung mit einem Buddy-System.
- Auch das Projekt „[HANDS ON – Jobbegleitung für Jugendliche](#)“ setzt auf praktische Unterstützung von benachteiligten Jugendlichen und Jugendlichen mit Asylstatus auf dem Weg in die Berufswelt. Durch Einzelbetreuung wird sichergestellt, dass individuelle Lösungen gefunden werden.

- Das Pilotprojekt „[Patenschaft Mittelmeer](#)“ möchte Menschen in ihrer Heimat neue Chancen eröffnen und sie dabei unterstützen, sich selbst eine Zukunft aufzubauen. Das soll auch Alternativen zur gefährlichen Flucht nach Europa bieten. Gestartet wird mit der Förderung guter Projekte und Businessideen in Nigeria.
- Die [Refugee Companion Initiative](#) will mit ihrer App Flüchtlinge ab ihrer Ankunft in Europa begleiten, Wegweiser in der Kommunikation mit Behörden sein und Zugang zu Dienstleistungen ermöglichen.
- Das Projekt „[Lernen ist persönlich! Ein "Lern-Logbuch" für den Schulalltag](#)“ ermöglicht die Individualisierung von Lernen und macht nutzbar, was Schüler mitbringen, etwa Muttersprache, Interessen und Stärken. Somit können gleichzeitig syrische Kriegsflüchtlinge und Kinder mit deutscher Muttersprache gefördert werden.

Ebenso änderte sich der Schwerpunkt und Fokus der begleitenden Forschung. Auch hier ist ein vermehrter europäischer Austausch nachzuweisen, etwa am Beispiel des deutschen [Netzwerks Flüchtlingsforschung](#):

Das Netzwerk Flüchtlingsforschung ist ein multi-disziplinäres Netzwerk von Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen in Deutschland, die zu Zwangsmigration, Flucht und Asyl forschen, sowie internationaler Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen, die diese Themen mit Bezug zu Deutschland untersuchen. Sie sammeln und verteilen relevante Informationen zu Forschern und Forscherinnen, zu Projekten und Publikationen. Dies soll zu wissenschaftlichem Austausch und Kooperation beitragen, um eine vernetzte Flüchtlingsforschung in Deutschland zu etablieren. Zudem will das Netzwerk der Flüchtlingsforschung mehr Aufmerksamkeit verschaffen und damit die Relevanz einer wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit Zwangsmigration, Flucht und Asyl hervorheben. Seit April 2015 fördert die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) das assoziierte wissenschaftliche Netzwerk „Grundlagen der Flüchtlingsforschung“. Seit 2016 wird in Verbindung mit dem Netzwerk Flüchtlingsforschung die Z'Flucht – Zeitschrift für Flüchtlingsforschung (Nomos) herausgegeben. Seit 2017 or-

ganisiert die AG Internationale Vernetzung Kontakte zu Institutionen und Personen der Flüchtlingsforschung außerhalb Deutschlands.

## 2. Staatliche Integrationspolitik und die Rolle der Zivilgesellschaft

Die Integration Geflüchteter und MigrantInnen steht spätestens seit 2015 ganz oben auf der politischen Agenda in den EU-Mitgliedstaaten. Dabei ist herauszuheben, dass die Debatten um gelungene Integrationspolitiken selbstverständlich nicht erst 2015 begonnen haben. Gerade Deutschland hat sich in den vergangenen Jahren intensiv um einen Blick in andere europäische Länder bemüht, um aus deren Entwicklungen in der Migrations- und Integrationspolitik zu lernen – insbesondere die historisch klassischen Einwanderungsländer wie etwa Frankreich und Großbritannien, aber auch Skandinavien oder die südeuropäischen Mittelmeerstaaten. Als Beispiel sei hier die Studie „[Vergleich der Strukturen der Integrationsförderung in ausgewählten europäischen Ländern](#)“ im Auftrag des Bundesamts für Migration und Integration aus dem Jahr 2005 erwähnt<sup>9</sup>. Voraussetzungen zum Gelingen staatlicher Integrationspolitik waren damit schon vor 10 Jahren umrissen:

- *Kooperation*: Für die Umsetzung der staatlichen Integrationspolitik auf der lokalen Ebene erweist sich eine direkte Kooperation zwischen dem zuständigen Ministerium bzw. Amt und den Kommunen als besonders wichtig.
- *Steuerung durch ein Gesamtkonzept*: Weder die Niederlande noch Frankreich oder Schweden verfügen derzeit über ein umfassendes strategisches Konzept, das alle Akteure und Aktivitäten einbindet und als Steuerungselement fungiert.
- *Relevanz* einer Handlungsfelder-übergreifenden Integrationsförderung
- *Einbeziehung von Migrantenorganisationen*: Aufgrund ihrer multikulturellen Vergangenheit, die eine starke Förderung und Einbeziehung von Migrantenvertretern essentiell mit sich brachte, sind bspw. die Niederlande hier Vorreiter.
- Die *Einbeziehung des bürgerschaftlichen Engagements* in die staatliche Integrationsförderung, auch wenn sich dies zuerst lediglich auf finanzielle Unterstützungszahlungen beschränkte.

---

<sup>9</sup> [http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Expertisen/michalowski-expertise.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Expertisen/michalowski-expertise.pdf?__blob=publicationFile)

Unter dem Eindruck der Fluchtbewegungen 2015 haben zahlreiche europäische Länder ihre Nationalen Integrationspläne überarbeitet bzw. solche erstmals aufgesetzt. Die OECD hat diese Entwicklungen in einer Studie ausführlich dokumentiert und mit dem Leitfaden „Erfolgreiche Integration – Flüchtlinge und sonstige Schutzbedürftige“<sup>10</sup> inhaltlich begleitet:

Dieser Leitfaden ist der erste Band einer OECD-Publikationsreihe zum Thema „Erfolgreiche Integration“. Die Reihe fasst die wichtigsten Erkenntnisse aus den Arbeiten der OECD zur Integrationspolitik zusammen, insbesondere aus den Länderstudien der *Publikationsreihe Jobs for Immigrants*. Ziel ist es, in leicht verständlicher, überblicksartiger Form die wichtigsten Herausforderungen und empfehlenswerten politischen Praktiken bei der Förderung der dauerhaften Integration von ZuwandererInnen und ihren Kindern in den Aufnahmeländern darzustellen. Er bietet eine Bestandsaufnahme der Erfahrungen, die in OECD-Ländern bei der Integration von Flüchtlingen und sonstigen Gruppen schutzbedürftiger Personen gesammelt wurden, und fasst diese Erfahrungen anhand von zehn Politikempfehlungen zusammen, die sich auf Beispiele für empfehlenswerte Praktiken stützen. Er bietet ferner einen umfassenden Vergleich der Politikrahmen, die den Politikstrategien für die Integration von Flüchtlingen und sonstigen schutzbedürftigen Personen in den einzelnen OECD-Ländern zu Grunde liegen. Informationen zu den einzelnen Politikrahmen wurden über einen an alle Länder gesendeten Fragebogen erhoben.

Weitere Leitfäden werden die Bewertung und Anerkennung ausländischer Qualifikationen, die Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund, Sprachförderung für erwachsene MigrantInnen und die Integration von Familiennachzüglern behandeln. Die OECD wurde bei der Entwicklung dieser Leitfäden von Deutschland (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend), Norwegen (Ministerium für Kinder, Gleichstellung und soziale Inklusion) und Schweden (Arbeitsministerium) sowie der König-Baudouin-Stiftung in Belgien unterstützt.

---

<sup>10</sup> <http://www.oecd-ilibrary.org/docserver/download/8116035e.pdf?expires=1509425869&id=id&accname=guest&checksum=930CC9A22A4F1B4BC50779C2337A256D>

Beim Blick auf die meisten nationalen Aktionspläne stehen integrative Maßnahmen wie Begleitung und Spracherwerb sowie grundsätzlich die Integration in den Arbeitsmarkt im Vordergrund. Zahlreiche Länderanalysen und vergleichende Studien sind dazu in den zurückliegenden Jahren erschienen, etwa die Studie „[EUROPE'S NEW REFUGEES: A ROAD MAP FOR BETTER INTEGRATION OUTCOMES](#)“<sup>11</sup> des McKinsey Global Institute von 2016:

Die Studie des McKinsey Global Institute analysiert die Integrationsbedarfe und politische Reaktionen darauf in einem europäischen Überblick. Sie blickt auf kurzfristig notwendige Maßnahmen und langfristige Integrationsstrategien: *„Societies across Europe are struggling to improve both asylum administration and integration, but bolder and more comprehensive action is necessary. We address the challenges of successful integration by identifying systemic issues and highlighting some concrete and promising strategies for solving them. Asylum procedures can be transformed and streamlined by making them an end-to-end process that takes place under one roof and includes an effective mechanism for repatriation. Helping refugees fit into their new homes and become contributing members of society will require a holistic approach that spans four areas: labour market and economic integration, educational integration, housing and health integration, and sociocultural and language integration.“*

Der Zivilgesellschaft wird in den meisten Integrationsstrategien eine wichtige Rolle zugewiesen. Regierungen können zwar den notwendigen politischen Rahmen bereitstellen, bei der Schaffung günstiger Voraussetzungen für die Integration in die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt wird jedoch der Mehrwert zivilgesellschaftlichen Engagements und gemeinnütziger Organisationen betont. Ihre Einbeziehung erleichtert den Aufbau von Beziehungen zwischen Geflüchteten und der einheimischen Bevölkerung und trägt zum sozialen Zusammenhalt bei. Ohne zivilgesellschaftliche Organisationen, ein offenes Unternehmensumfeld und die konkrete Unterstützung vor Ort sind Integrationsmaßnahmen häufig sogar ineffektiv. Oft kommt die Zivilgesellschaft dann ins Spiel, wenn staatliche Maßnahmen nicht in ausreichen-

---

<sup>11</sup> <https://www.mckinsey.com/global-themes/employment-and-growth/a-road-map-for-integrating-europes-refugees>

dem Umfang oder schnell genug greifen oder ausgeweitet werden können, insbesondere im Fall stark steigender Flüchtlingszahlen.

In vielen europäischen Ländern sind Akteure aus der Zivilgesellschaft damit fester Bestandteil der Integrationssysteme. Im Fall von Migration aus humanitären Gründen, die über privat finanzierte Programme ins Aufnahmeland führt, können die als Sponsoren fungierenden Personen oder Organisationen sogar die Zuständigkeit für den gesamten Integrationsprozess übernehmen.

Die Zivilgesellschaft setzt sich aus einer Vielzahl von Gruppen und Akteuren mit einem breiten Spektrum an Interessen und Funktionen zusammen. Zu den wichtigsten Beteiligten an der Integration von Flüchtlingen gehören gemeinnützige Einrichtungen, Migrantenverbände, lokale Organisationen und die Sozialpartner (d.h. Wirtschafts- und Gewerkschaftsvertreter). Privatpersonen, darunter auch ehemalige Flüchtlinge, können bei der Integration von Flüchtlingen ebenfalls eine wichtige Rolle spielen. Je nach ihrer Fachkompetenz und Organisationsform können Akteure der Zivilgesellschaft die Integration von Zugewanderten aus humanitären Gründen auf unterschiedlichste Weise beeinflussen. Zu den wichtigsten Bereichen, in die sie üblicherweise einbezogen werden, zählen

- Politikumsetzung durch Erbringung von Dienstleistungen,
- Mentoringprogramme,
- Schulungen und Kompetenzfeststellungen,
- Initiativen auf lokaler Ebene.

## Politikumsetzung durch Erbringung von Dienstleistungen

Zivilgesellschaftliche Initiativen und lokale Akteure können bei der Umsetzung staatlicher Integrationspolitik eine Schlüsselrolle einnehmen. Gerade in klassischen Einwanderungsländern wie Kanada oder den Vereinigten Staaten besteht bei der Umsetzung seit jeher eine enge Zusammenarbeit staatlicher Stellen und zivilgesellschaftlicher Gruppen<sup>12</sup>.

Die meisten europäischen Staaten hat der plötzliche Anstieg in den Flüchtlingszahlen seit Frühjahr 2015 unvorbereitet getroffen. Weder waren adäquate Aufnahme- noch Integrationsstrategien erarbeitet oder eingeführt. Für die zuständigen Behörden auf nationaler und kommunaler Ebene war es oftmals eine Herausforderung, angemessen auf die Ankunft großer Zahlen von MigrantInnen zu reagieren. Freiwillig Helfende, Geldgebende, zivilgesellschaftliche Organisationen und lokale Gebietskörperschaften haben in den verschiedenen Phasen des Asylprozesses daher zwar eine wichtige Rolle gespielt, es gab aber noch keine etablierten Kooperationsverfahren. In einigen Fällen sind örtliche Bürgermeister über ihre Zuständigkeiten hinausgegangen, um die von nationalen und regionalen Behörden hinterlassene Lücke zu schließen. In einigen Ländern haben lokale Behörden in Grenzregionen hohe Schuldenberge angehäuft, um ihre Bemühungen zu finanzieren.

Zwischen Dezember 2015 und Januar 2016 besuchten Delegationen des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses elf EU-Mitgliedstaaten sowie die Türkei, um gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, die mit Flüchtenden und MigrantInnen arbeiten, die Probleme, Erfordernisse, Misserfolge, Erfolgsgeschichten und bewährten Verfahrensweisen der verschiedenen Akteure in der aktuellen Flüchtlingskrise zu ermitteln. Jede Delegation bestand aus drei Mitgliedern und wurde durch das EWSA-Sekretariat unterstützt. Der Bericht zeigt ein eindrucksvolles Bild des Engagements der Zivilgesellschaft in der frühen Phase der sogenannten europäischen Flüchtlingskrise.

---

<sup>12</sup> In den Vereinigten Staaten beispielsweise werden Leistungen wie die Aufnahme von Geflüchteten und ihre Vermittlung in Beschäftigung von Organisationen erbracht, die im Rahmen von Kooperationsvereinbarungen mit dem Außenministerium mit Ehrenamtlichen arbeiten. Auch im Rahmen von Programmen des *Office of Refugee Resettlement* werden Ehrenamtliche aktiv einbezogen, so beim *Unaccompanied Refugee Minors Program* (URM) für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge und beim *Matching Grant Program*, mit dem neu ankommende ZuwandererInnen innerhalb von 120-180 Tagen in die Lage versetzt werden sollen, selbst für ihren Lebensunterhalt zu sorgen. Ziel dabei ist es, die Zugewanderten – statt sie von staatlicher Unterstützung abhängig zu machen – durch Fallmanagement, Sprachförderung, Unterstützung bei der Arbeitssuche und weitere Leistungen in ihrer ökonomischen Autonomie zu fördern.

Im weiteren Verlauf konzentrierte sich die Debatte auf strukturierte Beteiligungs- und Kooperationsverfahren zwischen Staat und Zivilgesellschaft. Die *Foundation for European Progressive Studies* FEPS hat gemeinsam mit dem europäischen Netzwerk SOLIDAR dazu 2016 eine umfassende Studie „*From Europe to Local: Migrating Solidarity*“<sup>13</sup> publiziert.

## **Mentoringprogramme**

Auf Ebene zivilgesellschaftlicher Aktivitäten ragt eine besonders effektive Form der Einbeziehung nichtstaatlicher Akteure heraus: Mentoringprogramme. Bei angemessener Konzipierung und Begleitung verbessern sie den Austausch zwischen Zugewanderten und der Bevölkerung des Aufnahmelandes. Bei Mentoringprogrammen wird ein/-e Migrant/-in einer Person aus dem Aufnahmeland zugewiesen (z.B. auf der Grundlage von Geschlecht, Alter und Beruf), die als Mentor/-in fungiert. Die MentorInnen helfen den MigrantInnen dabei, sich in der Gesellschaft, auf dem Arbeitsmarkt sowie im Institutionsgefüge des Aufnahmelandes zurechtzufinden, und unterstützen sie in praktischen Angelegenheiten. Die MentorInnen können die MigrantInnen auch an ihren persönlichen Netzwerken teilhaben lassen und als Vermittler zwischen ihnen und potenziellen Arbeitgebern auftreten.

Die Wirksamkeit von Mentoringprogrammen hängt in großem Maße davon ab, ob klare Ziele gesteckt werden, die sich an der Integration in den Arbeitsmarkt und die Gesellschaft orientieren, und ob die MentorInnen angemessen geschult und während des Programms betreut werden. Gemeinsame soziale Aktivitäten, bei denen sich alle MentorInnen und die von ihnen betreuten Flüchtlinge besser kennenlernen, tragen ebenfalls dazu bei, dass alle Beteiligten dabei bleiben<sup>14</sup>. In einer Reihe von europäischen Ländern, darunter Dänemark, Norwegen, den Niederlanden, Belgien und der Schweiz laufen derzeit erfolgreiche Programme. Vorbilder kommen vielfach aus Übersee, insbesondere Kanada, Australien und Neuseeland.

In Dänemark und Norwegen beispielsweise betreiben das Rote Kreuz und die Dänische Flüchtlingshilfe umfangreiche Mentoringprogramme, bei denen einheimische Familien oder

---

<sup>13</sup> <http://www.feps-europe.eu/assets/6c3a68df-00ef-47eb-9eac-b840470a9943/2016-09-27-solidar-publication-migration-online-versionpdf.pdf>

<sup>14</sup> Vgl. u.a. [https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/user\\_upload/Studie\\_NW\\_From\\_Refugees\\_to\\_Workers\\_Vol1.pdf](https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/user_upload/Studie_NW_From_Refugees_to_Workers_Vol1.pdf)

Einzelpersonen als Paten für humanitäre MigrantInnen fungieren und ihnen bei der Integration helfen. Das dänische Zentrum für Geschlechterfragen, Gleichstellung und Ethnizität (KVINFO), das auf ein Netz aus 2.500 MentorInnen zurückgreifen kann, konzentriert sich auf Frauen aus Flüchtlings- oder sonstigen Migrantengruppen. In Kanada, wo eine Reihe von Verbänden über langjährige Erfahrung mit der berufsbezogenen Betreuung qualifizierter Arbeitsmigranten durch Ehrenamtliche verfügen, haben einige von ihnen Programme auch für humanitäre ZuwandererInnen geöffnet. Ein Beispiel dafür ist die *Ottawa Community Immigrant Services Organization*, die qualifizierte Konventionsflüchtlinge bei der Arbeitssuche in ihrem Fachgebiet unterstützt.

Die betreuten Geflüchteten treffen sich einmal wöchentlich mit ehrenamtlichen MentorInnen, die in demselben oder einem verwandten Beruf tätig sind, um über berufliche Ziele zu sprechen, Karrierenetzwerke aufzubauen, Strategien und Methoden zur Arbeitssuche zu verbessern und einen Einblick in die kulturellen und sprachlichen Gepflogenheiten der kanadischen Arbeitswelt zu gewinnen. Die MentorInnen können auch selbst humanitäre Zuwanderer sein. Dies ist beispielsweise der Fall beim Community Guides Programme von *Adult Multicultural Education Services (AMES)* in Australien. Im Rahmen dieses Programms werden ehemalige Flüchtlinge zu Eingliederungshelfern ausgebildet, die neu ankommende Resettlement-Flüchtlinge in ihrer Muttersprache bei der Integration unterstützen, und bei ihrer Tätigkeit als solche begleitet. Mit der Beschäftigung Geflüchteter als MentorInnen werden zwei Ziele verfolgt: Zum einen werden so MigrantInnen kulturell und sprachlich angemessen betreut, zum anderen eröffnen sich den MentorInnen selbst Arbeitschancen. In Australien wechseln die meisten EingliederungshelferInnen nach ihrer MentorInnentätigkeit in Beschäftigungsverhältnisse außerhalb von AMES Australia.

### **Schulungen und Kompetenzfeststellungen**

Die Sozialpartner sind bei der Integration von MigrantInnen aus humanitären Gründen besonders wichtige Beteiligte. Die Bereitschaft von Arbeitgebenden, Geflüchtete einzustellen und auszubilden, beeinflusst deren Entwicklung zu unabhängigen Mitgliedern der Gesellschaft des Aufnahmelandes maßgeblich. Daher ist es wichtig, die Anreize für Arbeitgebende

an dem Ziel auszurichten, das Kompetenzpotenzial der MigrantInnen aus humanitären Gründen auszuschöpfen und sie in den Integrationsprozess einzubeziehen. Arbeitgeber und Gewerkschaften können häufig besser einschätzen als die Regierung und die kommunalen Behörden, wie nützlich die im Ausland erworbenen Qualifikationen und die Berufserfahrung von Geflüchteten im Aufnahmeland sind. Außerdem können sie gut beurteilen, welche Inhalte in Überbrückungsmaßnahmen vermittelt werden sollten. Sie können die berufliche und sprachliche Bildung unterstützen, da Kenntnisse am effektivsten direkt am Arbeitsplatz erworben werden. Und da sie regelmäßig Kontakt mit zugewanderten Arbeitskräften haben und teilweise selbst ZuwandererInnen sind, haben ArbeitgeberInnen und KollegInnen einen idealen Ausgangspunkt, um die Integration von MigrantInnen auch im Alltag außerhalb des Arbeitsmarkts zu fördern.

### **Initiativen auf lokaler Ebene.**

Und schließlich spielen Initiativen auf lokaler Ebene bei der Aufnahme von Geflüchteten und der Beschleunigung ihrer Integration eine entscheidende Rolle. Vorbilder für europäische Maßnahmen sind dabei vor allem in Nordamerika zu sehen. Ein Beispiel ist das Programm *AmeriCorps* in den Vereinigten Staaten, das Ehrenamtliche an gemeinnützige, kirchliche oder sonstige lokale Organisationen und öffentliche Einrichtungen vermittelt. Ziele dabei sind, die Unterstützung vor Ort zu fördern, das Dienstleistungsangebot zu erweitern, Kapazitäten aufzubauen und die lokalen Netzwerke von Dienstleistern weiterzuentwickeln. So sind die Ehrenamtlichen bei *AmeriCorps Vista* als ArbeitsvermittlerInnen für Geflüchtete tätig und kooperieren dabei mit ArbeitgeberInnen vor Ort, die bereit sind, neu Ankommende mit begrenzten Englischkenntnissen einzustellen. Teilweise leisten sie außerdem Unterstützung bei der Beurteilung im Ausland erworbener Abschlüsse und in berufsbezogenen Förderklassen.

In Europa hat der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss EWSA 12 Informationsreisen im Jahr 2016 unternommen, um zivilgesellschaftliche Organisationen zu treffen, die mit Geflüchteten arbeiten. Der Synthesebericht<sup>15</sup> über die Besuche in Österreich, Bulgarien, Kroatien, Deutschland, Griechenland, Ungarn, Italien, Malta, Polen, Slowenien und Schweden

---

<sup>15</sup> [http://www.eesc.europa.eu/resources/docs/16\\_59\\_migration\\_synthesis-report\\_def\\_de.pdf](http://www.eesc.europa.eu/resources/docs/16_59_migration_synthesis-report_def_de.pdf)

sowie einen zusätzlichen Besuch in der Türkei folgert, dass es notwendig sei, die Zahl der (irregulären) Einreisen nach Europa zu reduzieren, Flüchtlinge auf humane Weise aufzunehmen und zu unterstützen, in diesem Bereich tätige Organisationen der Zivilgesellschaft besser zu fördern sowie das derzeitige Narrativ zu verändern und die Integration von Geflüchteten sicherzustellen.

Auch die Europäische Kommission hat mit der *Europäischen Webseite für Integration*<sup>16</sup> eine EU-weite Plattform zum Austausch über Ansätze und Praxis zum Thema Integration entwickelt. Im Besonderen ist *integration.eu* ein Dokumentationszentrum, ein Werkzeug zur Datensammlung von Beispielen guter Praxis und eine Plattform für den direkten Austausch zwischen Akteuren. Regierungs- und Nichtregierungsakteure, die zum Thema Integration auf europäischer, nationaler, regionaler und lokaler Ebene arbeiten, stehen im Zentrum dieser Website. Sie generieren Wissen und geben dieses weiter in Form von Dokumenten und Beispielen guter Praxis.

---

<sup>16</sup> <https://ec.europa.eu/migrant-integration/home?lang=de>

### 3. Programme und Maßnahmen auf europäischer Ebene

Die durch die Migrationswelle ab 2015 ausgelösten Turbulenzen führten zu einer Reihe politischer Beschlüsse und Entscheidungen auf europäischer Ebene. Im Mai 2015 veröffentlichte die Kommission die Europäische Migrationsagenda<sup>17</sup>, die das allgemeine Konzept für die legale wie auch die irreguläre Migration in der EU und die diesbezüglichen tragenden Säulen umfasst. Kurz darauf folgte die Mitteilung über die Bewältigung der Flüchtlingskrise, flankiert durch Maßnahmen des Rates zur Umsiedlung von Personen, die internationalen Schutz benötigen. Der Ansatz zur Bewältigung der Migrationsströme in besonders exponierten Ländern hat zur Reform des gemeinsamen europäischen Asylsystems geführt, so z. B. zur Überarbeitung des Dublin-Mechanismus oder zur Umsetzung des Maßnahmenpakets zum Grenzmanagement. Das Gemeinsame Europäische Asylsystem (GEAS) befindet sich seither in einem grundlegenden Umbau. Im Juni 2016 wurde der Aktionsplan für die Integration von Drittstaatsangehörigen<sup>18</sup> verabschiedet und der neue Rahmen für Migrationspartnerschaften angekündigt, um die Zusammenarbeit mit Drittländern weiter auszubauen und so die Migration besser zu steuern. Darüber hinaus ist die EU bestrebt, die irreguläre Einwanderung über die zentrale und östliche Mittelmeerroute zu verhindern.

Neben der Frage der Steuerung der Zuwanderung hat sich auch auf dem Gebiet der europäischen Integrationsförderung vieles getan. Insbesondere das Europäische Parlament kritisiert fortlaufend integrationshemmende Wirkungen von restriktiven Aufenthaltsregelungen und regt Reformen an, so etwa in seinem Bericht zur Qualifikationsverordnung im Frühjahr 2017. In ihrer Stellungnahme hatten zivilgesellschaftliche Organisationen vor allem die verpflichtende regelmäßige Statusüberprüfung und die weitergehende Differenzierung von Flüchtlingsstatus und subsidiärem Status – insbesondere hinsichtlich deren Gültigkeitsdauer – als integrationshindernd kritisiert. Die Statusüberprüfung wird ins Ermessen der Mitgliedsstaaten gestellt und der jeweilige Schutzstatus gleichermaßen mit einer Gültigkeitsdauer von fünf Jahren ausgestattet. Sollten sich diese Änderungen durchsetzen, dürfte dies Flüchtlingen und subsidiär Geschützten die für die Integration notwendige Sicherheit und Stabilität

<sup>17</sup> [https://ec.europa.eu/commission/priorities/migration\\_de](https://ec.europa.eu/commission/priorities/migration_de)

<sup>18</sup> <http://ec.europa.eu/transparency/regdoc/rep/1/2016/DE/1-2016-377-DE-F1-1.PDF>

geben. Zudem möchte der Bericht den Mitgliedsstaaten nicht die Möglichkeit geben, subsidiär Geschützten nur reduzierte Sozialleistungen zu gewähren.

Wichtigstes Instrument der Europäischen Union in der Umsetzung integrationspolitischer Maßnahmen sind sicherlich die Europäischen Förderprogramme. Ziel der Integrationspolitik ist es, Menschen mit Migrationshintergrund gleiche Chancen auf Bildung und Aufstieg, auf persönliche Entfaltung, auf berufliche und gesellschaftliche Teilhabe zu bieten und damit den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Der Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) deckt mit seinen Schwerpunkten „Gemeinsames Europäisches Asylsystem“, „Integration von Drittstaatsangehörigen und legale Migration“ sowie „Rückkehr“ im Wesentlichen die Bereiche ab, die bisher durch den Europäischen Flüchtlingsfonds (EFF), den Europäischen Integrationsfonds (EIF) und den Europäischen Rückkehrfonds (RF) gefördert wurden. Der AMIF fördert die Teilnahme von ZuwandererInnen aus Nicht-EU-Staaten am ökonomischen, sozialen, kulturellen und politischen Leben. Migration leistet aus Sicht der Programmziele einen wertvollen Beitrag zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der EU und ist wichtig, um zukünftige Herausforderungen wie den demografischen Wandel und Arbeitskräftemangel anzugehen.

Der AMIF unterstützt Maßnahmen auf europäischer und nationaler Ebene, die die Integration von Drittstaatsangehörigen mit unterschiedlichen wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen, religiösen, sprachlichen und ethnischen Hintergründen in die Gesellschaft fördern. In erster Linie geht es dabei um die Unterstützung von neu zugewanderten Drittstaatsangehörigen. Die Mitgliedstaaten der EU und zivilgesellschaftliche Organisationen werden beim Ausbau ihrer Kapazitäten unterstützt, Integrationsstrategien, -leitlinien und -maßnahmen zu entwickeln, umzusetzen, zu überwachen und zu evaluieren. Die Maßnahmen sollen neben der Verbesserung der Chancengerechtigkeit für Drittstaatsangehörige in den Bereichen Bildung, Beruf und gesellschaftliche Teilhabe auch der Etablierung einer Willkommens- und Anerkennungskultur dienen.

Zivilgesellschaftliche Organisationen mahnen fortlaufend ihre Beteiligung in der Formulierung der europäischen migrations- und integrationspolitischen Ansätze sowie der Gestaltung der Förderprogramme an. Es ist entscheidend, dass die Zivilgesellschaft bei der Entwicklung einer künftigen EU-Migrationspolitik ordnungsgemäß konsultiert wird, um die Umsetzung

und Anwendung der EU-Vorschriften vor Ort sicherzustellen. Denn zivilgesellschaftliche Organisationen können zu wirksameren Reaktionen zahlreicher Akteure auf Krisen beitragen, indem sie den Zugang zu Dienstleistungen, zur Justiz sowie zu Informationen unterstützen. Sie können auch aktiv dabei helfen, Migrationsmythen auszuräumen, um so eine ehrlichere Debatte zu ermöglichen.

Einen wichtigen Fürsprecher finden sie dabei im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss. Der EWSA hat immer wieder darauf hingewiesen, dass die organisierte Zivilgesellschaft in Europa und in Drittstaaten eine Schlüsselrolle spielt, weil sie der europäischen Einwanderungspolitik eine soziale Dimension verleiht und einen Mehrwert bietet. Während die Regierungen die Rahmenbedingungen für die Einwanderung schaffen können, kann Integration nur an der Basis stattfinden: am Arbeitsplatz, in Schulen und Vereinen usw. Als jene EU-Institution, die die organisierte Zivilgesellschaft vertritt, hat der EWSA einen entscheidenden Beitrag zur Gestaltung der Agenda für die Integration von MigrantInnen geleistet. Der EWSA betont, dass die Integration von Neuankömmlingen ein vielschichtiger und langfristiger sozialer Prozess ist, der zahlreiche Dimensionen besitzt und in den vielfältige Akteure einbezogen sind, insbesondere auf lokaler Ebene. Bereits seit der Jahrtausendwende plädiert der EWSA für eine eigenständige Integrationspolitik auf EU-Ebene und drängt die nationalen, lokalen und regionalen Behörden dazu, bildungs-, gesundheits- und familienpolitische Maßnahmen zu ergreifen.

Der EWSA initiierte 2009 auch das Europäische Integrationsforum, an dem sich Vertreter der auf diesem Gebiet tätigen Organisationen der Zivilgesellschaft beteiligten. 2015 wurde es in das [Europäische Migrationsforum](#) umgewandelt, wobei seine Zuständigkeiten auf Einwanderungs- und Asylfragen ausgeweitet wurden:

Jedes Jahr veranstalten der EWSA und die Europäische Kommission seither gemeinsam das *Europäische Migrationsforum* als eine Plattform, die über 150 Organisationen der Zivilgesellschaft, die im Bereich Migration und Integration tätig sind, eine Stimme verleiht und die einen aktiven Dialog mit den europäischen Institutionen zu Fragen der Migration, des Asyls und der Integration von Drittstaatsangehörigen för-

dert. Das letzte Europäische Migrationsforum fand im März 2017<sup>19</sup> statt und ermöglichte ein Feedback der Zivilgesellschaft zu dem im Juli 2016 verabschiedeten EU-Aktionsplan zur Integration von Drittstaatsangehörigen.

Im Jahr 2016 hat sich der EWSA sehr intensiv mit dem Thema Migration beschäftigt: Im März hat der Ausschuss seinen „Your Europe, Your Say“ (YEYS) – Event dem Thema Migration gewidmet. YEYS ist eine jährliche Veranstaltung, zu der 16 – 17jährige aus der gesamten EU zusammengekommen, um wichtige Themen der EU zu debattieren. Im November war der Fokus des jährlichen EWSA Medienseminars der Zivilgesellschaft auf „Migration kommunizieren“ gerichtet und im Dezember wurde der EWSA Preis der Zivilgesellschaft an Initiativen vergeben, die sich der Verbesserung der Lebenssituation von MigrantInnen und der Förderung ihrer Integration verschrieben haben.

Das **Europäische Migrationsnetzwerk (EMN)** ist ein EU-weites Netzwerk von Nationalen Kontaktpunkten, das Informationen zu Migration und Asyl zur Verfügung stellt. Das EMN wurde im Jahr 2003 von der Europäischen Kommission im Auftrag des Europäischen Rates eingerichtet, um dem Bedarf eines regelmäßigen Austausches von verlässlichen Informationen im Migrations- und Asylbereich auf europäischer Ebene nachzukommen.

Ziel des EMN ist die Deckung des Informationsbedarfs der Gemeinschaftsorgane sowie der Behörden und Einrichtungen der Mitgliedstaaten zur Migrations- und Asylthematik durch Bereitstellung aktueller, objektiver, verlässlicher und vergleichbarer Informationen zu Migration und Asyl. Dadurch sollen politische Entscheidungsprozesse innerhalb der Europäischen Union unterstützt werden und der aktuelle Diskurs zu Migration und Asyl versachlicht werden. Das EMN deckt diesen Informationsbedarf durch Berichte, Studien, Ad-hoc-Anfragen, sog. EMN Informs, dem EMN Bulletin und das Glossar. Primärforschung stellt eine untergeordnete Methode in der Arbeit des EMN dar; vielmehr liegt der Schwerpunkt des EMN in der Sammlung, Dokumentation und Zurverfügungstellung von Daten und Informationen, die auf nationaler oder EU Ebene vorhanden sind. Das EMN analysiert und stellt diese Informationen zusammen, um Vergleichbarkeit und Harmonisierung auf EU Ebene zu fördern.

---

<sup>19</sup> <http://www.eesc.europa.eu/agenda/our-events/events/european-migration-forum-3rd-meeting>

#### 4. Beispielsammlung: Projekte und Netzwerke

Im Folgenden werden ausgewählten Projekt- und Programmbeispiele aus europäischen Ländern und der europäischen Ebene aufgeführt. Die Länderbeispiele beinhalten Projekte aus Griechenland, Italien und Ungarn; seitens der Europäischen Union werden die für zivilgesellschaftlich getragene Integrationsmaßnahmen relevanten EU-Förderprogramme mit ihren Schwerpunkten und Förderbedingungen aufgeführt.

Griechenland, Italien und Ungarn wurden deshalb als Länderbeispiele ausgewählt, weil sie mit ihren jeweiligen Außengrenzen Eintrittsländer in die EU sind, aber unterschiedliche Ansätze für die Aufnahme und Integration von Asylsuchende und Geflüchteten zeigen. Alle drei Länder, die aufgrund ihrer geographischen Lage im Zeitraum 2015-2017 zu den Hauptzugangspunkten zur EU auf den drei Hauptmigrationsrouten wurden, sind sogenannte Transitländer und schwierigen sozioökonomischen und Beschäftigungsbedingungen, wobei Ungarn zudem ein Land mit wenig Erfahrung in der Aufnahme und Integration von Asylsuchenden und Geflüchteten (bzw. von MigrantInnen insgesamt) darstellt.

- Italien ist der Haupteingangspunkt auf der zentralen Mittelmeerroute und erhielt den Höhepunkt der Ankünfte im Jahr 2016 und im ersten Halbjahr 2017. Im Jahr 2016 zählte es die zweithöchsten Zahlen der Asylbewerber und der unbegleiteten Minderjährigen in der EU-28. Asylbewerber kommen hauptsächlich aus Afrika, die größte Gruppe aus Nigeria.
- Griechenland ist der Haupteingangspunkt auf der östlichen Mittelmeerroute und die Anzahl der Asylbewerber erreichte ihren Höhepunkt im Jahr 2016 (fast 5 Bewerber je 1000 Einwohner gegenüber 2,5 im EU28-Durchschnitt). Der Anteil der Frauen und Kinder unter 18 Jahren ist relativ hoch (fast 40%), was sich in der großen Anzahl der Familienankünfte aus Syrien und dem Irak widerspiegelt.
- Ungarn ist der Haupteingangspunkt auf der Westbalkanroute. Im Jahr 2015 und 2016 zählte Ungarn die höchste Quote der Asylbewerber pro Einwohner im EU-Vergleich. Nach der Schließung seiner Grenzen ist die Zahl der Asylsuchenden im Jahr 2016 stark gesunken. Die größten Asylbewerbergruppen kommen aus Afghanistan und Syrien.

Die Studie „*Integration of Refugees in Greece, Hungary and Italy Comparative analysis*“ (2017)<sup>20</sup>, durchgeführt im Auftrag des Sozial- und Beschäftigungsausschusses des Europäischen Parlaments, weist darauf hin, dass diese Länder eine höhere und wachsende Ablehnung des Zuzugs von MigrantInnen im Vergleich zum EU-Durchschnitt aufweisen: 60,6% in Italien, bis 76,3% in Griechenland und mehr als 91,6% in Ungarn – verglichen mit 39,2% in der EU28 durchschnittlich. Laut Studie spielt in allen drei Ländern das Thema Flüchtlinge in Medienkampagnen eine herausragende Rolle und auch in der politischen Debatte, mit einem Anstieg der negativen Einstellung der Öffentlichkeit gegenüber der Aufnahme von Asylsuchenden und MigrantInnen im Allgemeinen. Der Anteil der Befragten mit negativen Gefühlen gegenüber Zuwanderung aus Drittländern ist höher als in der EU-28 im Durchschnitt von 81% in Ungarn bis 70% in Griechenland und 69% in Italien. Er ist in den letzten Jahren gewachsen. Diese Länder teilen auch eine wachsende Wahrnehmung in der öffentlichen Meinung, allein gelassen zu sein („*being 'left alone'*“) im Umgang mit der Flüchtlingskrise und der Notwendigkeit einer stärkeren Sicherung/Abschottung der europäischen Grenzen. Umso wichtiger ist die Rolle der zivilgesellschaftlichen Projekte und Initiativen, die Integration und Unterstützung geflüchteter Menschen anstreben.

---

<sup>20</sup> Directorate-general for Internal Policies; Policy department a (2017): Economic and Scientific policy. Integration of Refugees in Greece, Hungary and Italy. Comparative analysis. S.11

## Griechenland

### Greek Forum of Refugees (GFR)

**Gegründet:** 2010

Website (EN): <http://refugees.gr/>

Facebook: <https://www.facebook.com/Greekforumofrefugees/>



**Ziele:** Ziel des GFR ist es, eine nachhaltige Struktur zu schaffen, die alle in Griechenland lebenden geflüchteten Menschen durch die Umsetzung eines gemeinsamen Aktionsprogramms zusammenbringt und auf diese Weise den schwierigen und langwierigen Prozess der Asylgewährung und Verteidigung der Flüchtlingsrechte unterstützt.

**Kurzbeschreibung:** Das *Greek Forum of Refugees* ist ein gemeinnütziges, nicht-staatliches Netzwerk „*without political or religious character*“, das Hilfsorganisationen und ExpertInnen zusammen bringt und gemeinsam direkte Unterstützung koordiniert und politische Lösungen sucht. Die neun ordentlichen Vorstandsmitglieder sowie alle Mitglieder des Forums sind ehrenamtlich tätig. Laut GFR-Jahresbericht 2016 lassen sich die Aktivitäten des Netzwerks unter vier Aspekten zusammenfassen: Schutz der Rechte der Geflüchteten und Asylsuchenden, Sensibilisierung der Öffentlichkeit und der Behörden, Partizipation und Integration der Geflüchteten fördern, Aufbau des Netzwerks in Griechenland und im Ausland.

Das Forum veranstaltet Seminare, Informationstage, Konferenzen, Festivals und Bildungsveranstaltungen. Dazu gehört auch Vernetzung und Zusammenarbeit mit öffentlichen und privaten Organisationen und NGOs sowie Einzelpersonen in Griechenland und im Ausland; Entwicklung von Projekten und Aktionen gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit sowie die Förderung der Prinzipien von Multikulturalismus, sozialer Gerechtigkeit und gleichberechtigter Teilhabe. Im November 2017 hat das GFR eine Petition „*Asylum in Greece: Families Apart, Asylum Seekers in Abysmal State on the Islands*“<sup>21</sup> gestartet.

<sup>21</sup> <http://refugees.gr/petition-asylum-greece-families-apart-asylum-seekers-abysmal-state-islands/>

## One Stop Shop: Empowerment and Integration of Refugees

Laufzeit: 11.2014- 03.2016

Projektkoordination: Greek Council for Refugees<sup>22</sup>



Finanziert von:

Website: [http://www.weareallcitizens.gr/projects\\_en/greek-council-for-refugees.html#.WqZwPecxm71](http://www.weareallcitizens.gr/projects_en/greek-council-for-refugees.html#.WqZwPecxm71)

Weitere Informationen: <http://www.gcr.gr/index.php/en/action/gcr-projects/2014/item/448-ypiresies-mias-stasis-endynamosi-kai-entaksi-prosfygon>

**Ziel:** Das Programm zielt darauf ab, die soziale Marginalisierung von Geflüchteten zu verhindern. Dabei liegt Schwerpunkt auf der Unterstützung und Stärkung der am stärksten gefährdeten Gruppen. Das Projekt soll geflüchtete Menschen bei der Integration in die griechische Gesellschaft unterstützen.

**Kurzbeschreibung:** Das Projekt stellte ergänzende und miteinander verbundene Unterstützungsmaßnahmen als ein „Paket“ in Form eines „One-Stop-Shops“ bereit: Sozialberatung, Unternehmensberatung, Rechtshilfe usw. Die Projektaktivitäten werden von qualifizierten Fachleuten auf anonymer Basis erbracht und sind für alle BürgerInnen kostenlos. Im Rahmen des Projekts fand in Athen die Konferenz „*What after the recognition? Issues of social inclusion of the beneficiaries of international protection*“ statt<sup>23</sup>.

<sup>22</sup> <http://gcr.gr/index.php/en/>

<sup>23</sup> Programm der Konferenz in Griechischer Sprache: [file:///C:/Users/N5023~1.KAV/AppData/Local/Temp/program\\_2-1.pdf](file:///C:/Users/N5023~1.KAV/AppData/Local/Temp/program_2-1.pdf)

## Voice Of The Refugees: An Advocacy Campaign For The Social Inclusion And The Respect Of Rights Of Refugees

Laufzeit: 09.2015.- 05.2016

Projektkoordination: Greek Forum of Refugees (GFR)

Finanziert von:



**Ziel:** Ziel des Projekts ist es, Geflüchtete über ihre Rechte zu informieren sowie ihre Situation durch Kurzfilme zu präsentieren. Der Schwerpunkt liegt auf der Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die äußerst schwierige Situation von Geflüchteten in Griechenland sowie auf dem Abbau von Stereotypen und der Erleichterung der sozialen Teilhabe und Integration von geflüchteten Menschen in die griechische Gesellschaft.

**Kurzbeschreibung:** Im Rahmen des Projekts wurde eine „*Refugee’s voice*“ Kampagne organisiert, die Realität aus dem Leben des Geflüchteten durch Geschichten, Posters und Videoaufzeichnungen darstellt. Neben acht Aufzeichnungen wurde die Dokumentation „*Integration Now, Participation is Everything*“<sup>24</sup> erstellt.

Organisiert wurden Treffen mit Gemeinden und Organisationen, um diese mit aktuellen Informationen über die Situation der Flüchtlinge in Griechenland vertraut zu machen und mit den geflüchteten Menschen direkt in Kontakt zu bringen.

---

<sup>24</sup> <https://www.youtube.com/watch?v=e2TaQpNrxEA>

## Refugees for refugees: Supporting integration

Laufzeit: 07.2016 - 06.2017

Projektkoordinator: Greek Forum of Refugees (GFR)



Finanziert von:

**Ziel:** Das Projekt sieht Flüchtlingsgemeinschaften als wichtigsten Bezugspunkt der Integrationsarbeit. Flüchtlingsgemeinschaften in Griechenland sollen entsprechend als Hauptakteure in Maßnahmen der sozialen Eingliederung von Neuankömmlingen beteiligt werden.

**Kurzbeschreibung:** Im Rahmen des Projekts wurde eine Arbeitsgruppe etabliert, in der VertreterInnen aus Geflüchtetenorganisationen sowie VertreterInnen aus der kommunalen und nationalen Politik zusammenkommen. Erstellt wurden Informationsposter in fünf Sprachen (Farsi, Arabisch, Griechisch, Englisch, Französisch) und Pressemitteilungen und Analysen im Hinblick auf Auswirkungen auf das Leben der Geflüchteten: *Winterization*<sup>25</sup>, Auswirkung des Verordnungspakets zur Dublin 2-Regelung<sup>26</sup>, *Pink-Card-Reform*<sup>27</sup> und allgemeine Information<sup>28</sup>.

<sup>25</sup> <http://refugees.gr/worthless-present-better-future/>

<sup>26</sup> <http://refugees.gr/2011-vs-2016-different-situation-nothing-better-refugees-greece/>

<sup>27</sup> <http://refugees.gr/automatic-granting-residence-permit-humanitarian-grounds-pink-card-holders-concrete-steps-procedure-consequences-2/>

<sup>28</sup> <http://refugees.gr/pink-card-5-years/>

## RISE: Refugees' Ideas and Solutions for Europe

Laufzeit: 08.2016 – 03.2017

Projektkoordination: Greek Forum of Refugees (GFR)

Projektpartner: ECRE

Weitere Informationen: <http://refugees.gr/rise-refugees-ideas-solutions-europe-refugees-migrants-network-european-level/>



**Ziel:** RISE versucht, die aktuelle Situation der geflüchteten Menschen in Europa zu verändern, indem Flüchtlinge und MigrantInnen vernetzt und unterstützt und deren Stimme als wichtiger Partner auf nationaler politischer Ebene gestärkt werden.

**Kurzbeschreibung:** Im August 2016 hat *Greek Forum of Refugees* (GFR) mit Unterstützung des Europäischen Rates für Flüchtlinge und Exilanten (ECRE) sowie der nationalen Kontaktstellen in verschiedenen europäischen Ländern das RISE-Netzwerk gegründet. Im September 2016 kam in Brüssel das Präsidium (*steering committee*) zusammen. Rund 15 VertreterInnen verschiedener Flüchtlings- und Migrantenorganisationen aus mehreren europäischen Ländern (Norwegen, Schweden, Irland, Spanien, Belgien, Italien, Österreich, Ungarn, Großbritannien, Malta und Griechenland) waren anwesend. Ziel des Treffens war es, die Methodik zu definieren, um die Konsultationen und die wichtigsten diskutierten Themen zu synchronisieren und über die Herausforderungen und Methodik der Problemlösungen zu diskutieren.

Die in verschiedenen europäischen Ländern während der Sitzungen und Austauschworkshops erarbeitete RISE politische Empfehlungen durch soziale Medien oder andere Kanäle bekannt zu machen, war ein wesentlicher Teil der Arbeit. Alle Informationen wurden in Englisch, Französisch, Arabisch und Dari zur Verfügung gestellt. Im Jahr 2016 wurde RISE das Gewinnerprojekt von *Advocate Europe ideas challenge*.<sup>29</sup>

<sup>29</sup> <http://www.mitost.org/en/about-us/news-english/article/these-project-ideas-win-the-advocate-europe-ideas-challenge.html>

## Fieldmakers: An innovative creative hub in a refugee camp in Lesbos-Greece

Träger und Projektkoordinator:



Weitere Informationen: <http://bcreativetracks.com/challenge/shortlisted-projects/fieldmakers/>

<http://futurearchitectureplatform.org/projects/396563dc-5d48-4c74-bbe4-20213fd172b7/>

<https://vimeo.com/220934426>

**Ziel:** *Fieldmakers* zielt mit seinen kreativen Projekten, Produkten und Dienstleistungen darauf ab, zur gerechten Entwicklung gefährdeter und ausgegrenzter sozialer Gruppen beizutragen, um sie zu befähigen, zu den „wandelnden Unternehmern von morgen“ zu werden. *Fieldmakers* fördern technologische Integration und Beschäftigungsfähigkeit unabhängig von Herkunft, Religion oder Geschlecht. Gefördert wird die Zusammenarbeit vor Ort von Regierungen, sozialen Organisationen, Wissensinstitutionen und humanitären Organisationen, um kreative Lösungen für die aktuelle europäische Flüchtlingskrise zu finden.

**Kurzbeschreibung:** *Fieldmakers* ist ein kollaboratives multidisziplinäres Projekt, das Designer, Macher, Produzenten, Unternehmer und Changemaker aus der ganzen Welt in einem Design- und Digitalisierungsstudio in einem Flüchtlingslager auf Lesbos vereint. Es wird getragen von LATRA, das auf die Initiative des Social Entrepreneurs Aris Papadopoulos zurückgeht. LATRA betreibt im KARA-TEPE-Flüchtlingslager auf Lesbos einen technologiegetriebenen Innovationsstandort und Makerspace. Das Projekt *Fieldmakers* inspiriert junge Flüchtlinge in Lesbos und in urbanen Zentren in ganz Europa, systematisch neue Technologien zu erforschen und sie in unternehmerischen Plänen zu verwenden, die sich mit komplexen europäischen Herausforderungen befassen, die mit Blick auf die Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung gelöst werden.

## Solidarity Salt

*The refugee food company that empowers women to build a new life*

Gegründet: 2016

Website (EN): <https://www.solidaritysalt.com/>

Facebook: <https://www.facebook.com/solidaritysalt/>

Weitere Informationen: <http://eusic-2016.challenges.org/selected/22/>



**Ziel:** *Solidarity Salt* zielt darauf ab, die Integration Geflüchteter in den Arbeitsmarkt Griechenlands zu fördern. Dies bedeutet in einem Land mit im europäischen Vergleich hoher Arbeitslosigkeit eine große Herausforderung. *Solidarity Salt* ist eines der ersten Modellprojekte in Griechenland, das Beschäftigungsmöglichkeiten und ein replizierbares Arbeitsschema für andere Unternehmen schafft.

**Kurzbeschreibung:** *Solidarity Salt* ist das erste soziale Unternehmen, das geflüchtete Frauen in Griechenland unterstützt und gleichzeitig die lokale Wirtschaft durch den Verkauf von griechischem Meersalz an den Weltmarkt stärkt. *Solidarity Salt* beschäftigt und qualifiziert dabei geflüchtete Frauen in Verarbeitung und Vertrieb. Durch den Kauf des Meersalzes aus den griechischen Salinen sorgt *Solidarity Salt* dafür, dass sowohl die lokale griechische Bevölkerung als auch die Flüchtlinge von dem Projekt profitieren. Jede Tüte Solidaritätssalz trägt das Profil und die Geschichte ihres Erschaffers. Das Salz wird über traditionelle Einzelhändler, einen E-Shop und einen Abonnement-Service verkauft. Das Ziel ist es, Respekt und Fürsorge für eine bessere Zukunft aufzubauen. Der Plan ist, mit den Grundlagen zu beginnen: „start small and start today“.

## Italien

### Intact bonds

Laufzeit: ab 07.2017 modellhafte Einzelfallbegleitung für 18 Monate

Projektkoordinator: CIR Rifugiati, Italian Refugee Council<sup>30</sup>

Projektpartner: Department *Social policies, subsidiarity and health*, and *Work, tourism and training* of Rome capital

Website (EN): <http://www.cir-onlus.org/en/donations/integrazione/>

Facebook: <https://www.facebook.com/CIRonlus/>

**Ziele:** Das Projekt zielt darauf ab, über eine modellhafte und übertragbare Einzelfallbetreuung den Zugang geflüchteter Menschen zu Arbeit, Wohnen und Gesundheit zu erleichtern und unter Achtung der Menschenrechte Akzeptanz und menschenwürdige Integration zu schaffen.

**Kurzbeschreibung:** Im Rahmen des Projekts werden 120 Personen, die aus SPRAR-Zentren<sup>31</sup> kommen, modellhaft in ihrer gesellschaftlichen Eingliederung begleitet. Auf diese Weise zielt das Projekt darauf ab, die sozioökonomische Autonomie der Personen zu fördern, die internationalen Schutz genießen und in SPRAR-Zentren untergebracht sind. Dabei kommen unterschiedliche Maßnahmen der Begleitung zum Einsatz, wie z.B. ehrenamtliche Patenschaften und Schulungen. Wesentlich ist ein enger, auf den Einzelfall bezogener Austausch zwischen den beteiligten Sozialorganisationen und staatlichen Stellen.

<sup>30</sup> <http://www.cir-onlus.org/en/donations/integrazione/>

<sup>31</sup> Das SPRAR bildet das Zweitaufnahmesystem in Italien. Es ist ein Netzwerk von Unterkünften, das auf einer Zusammenarbeit zwischen dem Innenministerium, den Gemeinden und verschiedenen NGOs basiert (siehe hierzu SFH, Italien: Aufnahmebedingungen, Aktuelle Situation von Asylsuchenden und Schutzberechtigten, insbesondere Dublin -Rückkehrenden, Bericht vom Oktober 2013, S. 22). SPRAR untersteht dem Innenministerium und wird von diesem finanziert. Es wird aber von der ANCI (Associazione Nazionale Comuni Italiani; nationaler Verein der italienischen Gemeinden) geführt. Der Servizio Centrale SPRAR in Rom koordiniert die verschiedenen SPRAR-Projekte und ist auch für das Monitoring zuständig.

## Migrantour Project

Projektstart: 2014

Projektinitiator: Foundation ACRA-CCS,  
Viaggi Solidali and Oxfam Italia.



Website (EN): <http://www.mygrantour.org/en/the-project/#the-project>

Facebook: <https://www.facebook.com/migrantourviaggisolidali/>

Weitere Informationen: [http://www.mygrantour.org/wp-content/uploads/2014/09/Migrantour\\_ENG\\_light.pdf](http://www.mygrantour.org/wp-content/uploads/2014/09/Migrantour_ENG_light.pdf)

**Ziel:** Unterstützung der Integration von MigrantInnen in den neun am Projekt teilnehmenden Städten, Aufbau von gegenseitigem Verständnis und Respekt durch interkulturelle Stadtführungen von und für MigrantInnen.

**Kurzbeschreibung:** Die Grundidee des Projektes – Stadtführungen für und von MigrantInnen zu organisieren und ihnen damit ihr neues Gemeinwesen näher zu bringen – wurde 2010 in Turin ins Leben gerufen während des ersten von Viaggi unterstützten Kurses für „interkulturelle Begleiter“ Geflüchteter. Angesichts des Erfolgs eines ersten Modellprojekts mit den Partnern Solidali, einem Reiseveranstalter für verantwortungsvollen Tourismus, sowie der NGO Oxfam Italia und der Stiftung ACRA-CCS sowie des wachsenden Interesses von anderen italienischen und europäischen Organisationen wurde die Idee um die Entwicklung eines europäischen Städtenetzwerkes erweitert, das Stadtrundfahrten in Begleitung von BürgerInnen mit Migrationshintergrund entwickeln und durchführen sollte.

Dies führte 2014 zur Geburt des Projekts "*MygranTour: a European network of migrant driven intercultural routes to understand cultural diversity*", unterstützt nicht nur von italienischen, sondern auch von den anderen europäischen Akteuren aus Frankreich, Spanien, Portugal und Bulgarien. Das Projekt wird mittlerweile von der EU mitfinanziert. In den für das Projekt identifizierten Städten (Turin, Mailand, Genua, Florenz, Rom, Marseille, Paris, Valencia und Lissabon) werden Ausbildungskurse, Workshops und Spaziergänge in den interkulturellen und kosmopolitischen Nachbarschaften angeboten.

## Glocal Community

Träger: Green Farm Movement

Webiste (IT): <http://www.greenfarmmovement.org/>

Facebook: <https://www.facebook.com/GreenFarmMovementItaly/>

Weitere Informationen: <http://eusic-2016.challenges.org/selected/10/glocal-community/>

**Ziel:** Das Projekt *Glocal Community* beabsichtigt, verlassene und isolierte Orte neu zu beleben, indem es den Zuzug und Aufbau neuer Nachbarschaften aus migrantischen und italienischen Familien fördert.

**Kurzbeschreibung:** Das Projekt *Glocal Community* wird seit 2016 von der italienischen Ökologiebewegung Green Farm Movement umgesetzt. Investiert wird in den Sanierung teilweise verlassener Dörfer und den Aufbau neuer Gründergemeinschaften insbesondere im ländlichen Raum (aber auch ungenutzte Liegenschaften in urbanen Gegenden). Damit werden neue „Glokale Gemeinschaften“ aufgebaut, in die MigrantInnen- / Flüchtlingsfamilien mit Minderjährigen, italienische Familien mit niedrigem sozioökonomischem Status, Minderjährige, italienische Rentner und arbeitslose junge ItalienerInnen einziehen können. Jede Investition in eine neue globale Gemeinschaft ist mit einem Geschäftsmodell verbunden, das der Gemeinschaft nachhaltig Existenz sichern soll. Oftmals basieren diese Geschäftsmodelle auf neuen Formen der Landwirtschaft und Landnutzung sowie auf ökologischen Tourismuskonzepten.

Das Projekt fördert die Integration durch das Zusammenleben von MigrantInnen und Einheimischen, die landwirtschaftliche Arbeit auf staatlichem Land rund um die Dörfer, die Förderung der Dörfer für Touristen, Sprach- und Ausbildungskurse sowie die Aufnahme und Ausbildung von Minderjährigen.

## Unibo for Refugees

Träger: Stadt Bologna, Universität von Bologna.

Website (EN): <http://www.unibo.it/en/services-and-opportunities/study-grants-and-subsidies/exemptions-and-incentives/unibo-for-refugees>



ALMA MATER STUDIORUM  
UNIVERSITÀ DI BOLOGNA

Weitere Informationen (It):

[file:///C:/Users/N5023~1.KAV/AppData/Local/Temp/BANDO UNIBO for refugees 2017\\_18.pdf](file:///C:/Users/N5023~1.KAV/AppData/Local/Temp/BANDO_UNIBO_for_refugees_2017_18.pdf)

**Ziel:** Die Anerkennung des Flüchtlingsstatus ist ein Prozess, der mehrere Monate dauern kann, da der Asylbewerber warten muss, bis sein Fall der Territorialen Kommission vorgelegt wird. Das Unibo-Projekt zielt darauf ab, die Zeit des Anerkennungsverfahrens im Rahmen einer universitären Ausbildung sinnvoll zu gestalten und Integration von geflüchteten StudentInnen in der Universität zu fördern.

**Kurzbeschreibung:** Unibo ist ein Projekt der Stadt und der Universität Bologna, das hauptsächlich in Kooperation mit Studierendengruppen und durch ehrenamtliche Mitwirkung der Studierendenschaft umgesetzt wird. In Orientierungsinterviews von migrantischen StudentInnen werden in einem ersten Schritt Schulzeugnisse und akademischen Qualifikationen geprüft und ggf. übersetzt. Geflüchtete StudentInnen erhalten die Möglichkeit, sich für einzelne Lernaktivitäten und Italienischkurse mit Gebührenbefreiung einzuschreiben. Orientierungskurse und ein Mentoring-Prozess bieten ersten Einblick in das Programm und die Unterrichtsmethoden der Universität. Bei der Erlangung von internationalem Schutz können sich die Studierenden einschreiben, wobei die bereits erworbenen Studienleistungen dem Abschluss zugerechnet werden. Unibo unterstützt Geflüchtete auch bei bürokratischen Verfahren und bietet finanzielle Unterstützung in Form eines Stipendienprogramms an.

## InteGREAT

Träger: AIESEC Italia

Website (It): <https://www.aiesec.it/>

Weitere Informationen:

<http://www.vitainternational.media/en/interview/2016/04/13/aiesec-integrating-refugees/22/>

**Ziel:** AIESEC Italien hat InteGREAT ins Leben gerufen, um den Aufnahmeprozess und die Integration von Geflüchteten und Asylsuchenden in und außerhalb Italiens zu unterstützen. Dies geschieht mittels eines Austauschprogramms Freiwilliger, die in lokalen NGOs engagiert sind.

**Kurzbeschreibung:** InteGREAT ist aus einem Gespräch zwischen Delegierten der europäischen AIESEC-Ländergruppen während des *Global Youthspeak Forum 2015*<sup>32</sup> in Indien entstanden: Kernidee des Projektes ist ein 6-wöchiges Freiwilligenprogramm, an dem bisher mehr als 140 internationale Freiwillige beteiligt waren und das über 3000 Flüchtlinge unterstützt hat. Im Rahmen dieses Freiwilligenprogramms werden Unterstützungsleistungen für Geflüchtete an mehreren Orten in Italien in Zusammenarbeit mit den AIESEC-Gruppen vor Ort und lokalen NGOs durchgeführt, wie Sprachkurse, Kinderbetreuungsmaßnahmen und Unterstützung in der Arbeitsmarktintegration. Da viele der Geflüchteten Italien als Transitland ansehen, hat das Projekt weniger einen auf eine bestimmte Ortschaft bezogenen Integrationsansatz, als eher einen gesamteuropäischen. Inhalte der Fortbildungen beispielsweise sind europäische Geschichte und Politik, Kultur und Gesellschaft. Insofern ist die internationale Zusammensetzung der Freiwilligengruppen von Vorteil. Bisher haben sich 60 NGOs aus 12 Ländern am Projekt beteiligt.

InteGREAT ist mit dem Europäischen Jugendkarlspreis 2016 ausgezeichnet worden.<sup>33</sup>

<sup>32</sup> [https://issuu.com/aiesecinternational/docs/global\\_youthspeak\\_forum\\_india\\_2015](https://issuu.com/aiesecinternational/docs/global_youthspeak_forum_india_2015)

<sup>33</sup> <http://www.karlspreis.de/fr/jugendkarlspreis/gewinner-2016>

## Ungarn

### Rights-Activities-Communities

Laufzeit: 01.01.2017-30.06.2018

Träger: Mendek – Hungarian Association for Migrants

Förderung: Asylum, Migration and Integration Fund (AMIF)

Weitere Informationen: <http://menedek.hu/en/projects/rights-activities-communities>

**Ziel:** Die Versorgung der MigrantInnen und Flüchtlinge mit ihren grundlegendsten Bedürfnissen (Unterkunft, Lebensunterhalt) ist nicht die einzige Voraussetzung für eine erfolgreiche Integration. Um eine gute psychische Gesundheit zu erhalten, ist es ebenso wichtig, dass die Ausländer, die nach Ungarn kommen, eine Chance bekommen, diesen Ort als ihr Zuhause zu bezeichnen: eine Chance, die Bräuche kennenzulernen und ein aktives Mitglied der lokalen Gemeinschaft zu werden. Um dies zu erreichen, bietet das Projekt verschiedene Gruppenaktivitäten und Community-Programme an.

**Kurzbeschreibung:** Mendek ist eine ungarische Menschenrechtsorganisation, die sich seit über 20 Jahren für die Integration von MigrantInnen in Ungarn einsetzt und ein Set von Methoden und Verfahren sowohl zur Integrationsunterstützung als auch zur gesamtgesellschaftlichen Sensibilisierung entwickelt haben. Im Rahmen des Projekts stattgefundene Veranstaltungen ermöglichen den Teilnehmenden, sich mit Mitgliedern der Mehrheitsgesellschaft zu treffen und die Kenntnisse und Fähigkeiten zu erwerben, die für das Zusammenleben in der lokalen Umgebung erforderlich sind. Community Broadcasting und der Blog erhöhen die Sichtbarkeit von Drittstaatsangehörigen. Wesentlicher Bestandteil der Aktivitäten ist, dass die Teilnehmer eine aktive Rolle bei der Planung und Organisation der Gruppen übernehmen und damit den Weg zu einer integrativen Gemeinschaft ebnen.

## Mentoring

Projektdauer: 01.07.2016-30.06.2018.

Träger: Mendek – Hungarian Association for Migrants

Förderung: Asylum, Migration and Integration Fund (AMIF)

Weitere Informationen: <http://menedek.hu/en/projects/mentohring>

**Ziel:** Das Ziel dieses Projekts besteht darin, die Beschäftigungsmöglichkeiten für benachteiligte Drittstaatsangehörige, insbesondere von Personen, die internationalen Schutz genießen, zu erhöhen und ihnen zu helfen, sich im Arbeitsmarkt zu integrieren.

**Kurzbeschreibung:** Um die Beschäftigungsfähigkeit von MigrantInnen zu erhöhen, sind sowohl die migrantischen Arbeitssuchenden als auch deren (potentielle) Arbeitgeber Zielgruppe des Projekts. Wesentlicher Teil ist eine Kommunikationskampagne mit dem Titel „So arbeiten wir“ für die Arbeitgeber. Das Projekt beinhaltet unterschiedliche Ansätze und Verfahren wie Sozialberatung und Mentoring, Rechtsberatung, psychische Unterstützung in Form von privaten Sitzungen, alternative Gruppentherapiesitzungen, einen „Job-Hunter-Club“, Berufsgruppen-Therapiesitzungen, Praktikumsprogramme sowie Nachhilfe und Kompetenzentwicklung auf Ungarisch. Darüber hinaus werden spezifische Dienstleistungen für Arbeitgeber angeboten wie Rekrutierung von Kandidaten, Unterstützung bei der Kontaktaufnahme, Sozial- und Rechtsberatung, professionelles Mentoring, eine Gemeinschaft zum Austausch von beruflichen Erfahrungen und eine Informationsbroschüre über die Beschäftigung von Drittstaatsangehörigen.

Alle oben genannten Dienstleistungen werden von einem Team von qualifizierten Experten zur Verfügung gestellt: professionelle Sozialarbeiter, Rechtsberater, Psychologen und interkulturelle Mediatoren tragen zur Arbeit bei. Das Projekt wird von Freiwilligen unterstützt.

**MigHelp<sup>34</sup>**

Gegründet: 2009

Träger und Partner:

- REFIT: Information Technology Program
- British Council, Hungary
- Botschaften Kanadas, der Niederlande, Dänemarks und der USA in Ungarn
- African Hungarian Union Budapest, Hungary



Facebook: [https://www.facebook.com/mighelp.hungary/?hc\\_ref=ART-n8nE8AJMsKgDj52-NGY0fvZgHMdej\\_dLVR2qBxZfAa1WHBFmyCR9eJeZ4RuCKxo&fref=nf](https://www.facebook.com/mighelp.hungary/?hc_ref=ART-n8nE8AJMsKgDj52-NGY0fvZgHMdej_dLVR2qBxZfAa1WHBFmyCR9eJeZ4RuCKxo&fref=nf)

Website (EN): <http://mighelp.hu/en/mission>

**Ziel:** Der Hilfsverein für MigrantInnen Ungarns (Mighelp) ist eine NGO, die von Flüchtlingen und ihren Unterstützern in Budapest, Ungarn, gegründet wurde, um Flüchtlinge und MigrantInnen zu stärken und ihre Integration in die ungarische Gesellschaft zu erleichtern. Die Identifizierung der dringlichsten Bedürfnisse und Schwierigkeiten der am stärksten gefährdeten Flüchtlinge steht dabei an erster Stelle.

**Kurzbeschreibung:** Eines der ersten Projekte von MigHelp war die Durchführung praktischer Job-Skills-Trainings des European Computer Driving Licence (ECDL) –Programms. Diese akkreditierten Lektionen beinhalten alles von E-Mail-Kursen bis zu den Kursen CSS, MySQL und PHP. Tatsächlich ist MigHelp die einzige Organisation, die in Ungarn für die Ausgabe des Europäischen Computerführerscheins (ECDL) speziell für Geflüchtete akkreditiert ist. In Zusammenarbeit mit dem McDaniel College Budapest bietet MigHelp seit einigen Jahren Fortbildungen für Webdesign-, Datenbankmanagement- und andere Computertechnologiekurse für Schüler an, die die ECDL-Kurse absolvieren oder anderweitig in Frage kommen.

<sup>34</sup> <http://mighelp.hu/>

## EU- Förderprogramme zur Integration

### **AMIF (ASYL-, MIGRATIONS- UND INTEGRATIONSFONDS)**

Die vom AMIF zur Verfügung gestellten Gelder richten sich an Projekte, die im Wesentlichen die Integration von Drittstaatsangehörigen anstreben (Europäischer Rückkehrfonds) und aus den SOLID-Fonds (Programm "Solidarität und Steuerung der Migrationsströme") gefördert wurden. Die Gelder aus dem AMIF werden zum Großteil über nationale Programme umgesetzt. In Deutschland wird der AMIF vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge verwaltet. Aus dem AMIF geförderte Maßnahmen sollen im Wesentlichen einem der folgenden definierten Ziele dienen:

1. Das Gemeinsame Europäische Asylsystem einschließlich seiner externen Dimensionen soll gestärkt und weiterentwickelt werden (Programmziel Europäisches Asylsystem).
2. Die Integration von Drittstaatsangehörigen und die legale Migration sollen gefördert werden (Programmziel Integration von Drittstaatsangehörigen und legale Migration).
3. Der Rückkehrprozess von Flüchtlingen soll möglichst reibungslos ablaufen (Programmziel Rückkehr).

Von den etwa drei Milliarden Euro, die für den Zeitraum 2014-2020 zur Verfügung stehen, fallen etwa 200 Millionen auf Deutschland, davon wiederum etwa die Hälfte in den Bereich der Förderung von Integrationsleistungen. Die Vergabe orientiert sich an der Erfüllung der Kriterien Projekthinhalte, Beschreibung der Projektumsetzung, Zuverlässigkeit, Wirtschaftlichkeit sowie den Ergebnissen des Beteiligungsverfahrens. Das Verfahren mündet in Erstellung einer Rankingliste durch Bundes- und Landesministerien, der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration sowie dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Weitere wichtige Rahmenbedingungen einer Förderung sind im Folgenden aufgelistet:

- Eine Kombination mit anderen Fördermitteln der Europäischen Union für ein und dieselbe Maßnahme ist nicht möglich. Maßnahmen, die als vordergründiges Ziel die direkte Integrati-

on von Asylsuchenden in den Arbeitsmarkt verfolgen, können nicht aus AMIF-Mitteln gefördert werden.

- Antragsberechtigt sind juristische Personen des Privatrechts und des Öffentlichen Rechts sowie internationale Organisationen.
- Der Antrag erfolgt zunächst über eine Registrierung im AMIF-Registrierungsportal, danach über ein postalisches Formular inkl. eines Gesamtfinanzplanes und der Nennung aller Kofinanzierungsgeber.

<b>Laufzeit</b>	<b>2014-2020</b>
<b>Gesamtbudget</b>	3 Mrd. Euro; davon 208 Mio. Euro für Nationales Programm Deutschland
<b>Fristen</b>	Mitte Februar für 01.01. des Vorjahres und dem 01.07. des entsprechenden Jahres (rückwirkende Förderung möglich)
<b>Maximale Höhe pro Projekt</b>	-
<b>Eigenanteil des Projektträgers</b>	25%; anteilige Reduzierung der EU-Förderung bei Hinzukommen von Drittmitteln
<b>Maximale Projektlaufzeit</b>	i.d.R. 36 Monate (2015: 24 Monate)

## ESF (EUROPÄISCHER SOZIALFONDS)

Das Anliegen bei der Einrichtung des Europäischen Sozialfonds war es, Menschen in Arbeit zu vermitteln und Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Die soziale Integration in den Arbeitsmarkt, eine nachhaltige Entwicklung sowie die Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhaltes bestimmen als Zielvorgaben die inhaltliche Ausrichtung des ESF. In der Förderperiode 2014-2020 steht die Thematik der Qualifizierung und der qualifikationsadäquaten Arbeitsmarktintegration von Menschen mit Migrationshintergrund explizit im Vordergrund.

Den für die Flüchtlingsarbeit wichtigsten Aspekt des ESFs stellt die Finanzierung von Sprachkursen dar. Im ESF-BAMF-Programm werden spezielle Kurse durchgeführt, in denen berufsbezogenes Deutsch vermittelt wird; profitieren können von dem Programm Asylsuchende mit guter Bleibeperspektive (etwa aus dem Iran, Irak, Syrien oder Eritrea). Das Programm wird unmittelbar vom BAMF verwaltet, kann die Kommunen jedoch indirekt bei ihren Integrationsanstrengungen unterstützen. Weitere, bereits abgeschlossene Bundesprogramme mit ESF-Finanzierung waren unter anderem „XENOS - Arbeitsmarktliche Unterstützung für Bleibeberechtigte und Flüchtlinge“ sowie „Integration von Asylbewerbern und Flüchtlingen (IvAF)“ innerhalb der ESF-Integrationsrichtlinie Bund.

Auf Länderebene haben die einzelnen Bundesländer operationelle Programme erarbeitet, die den Verwendungszweck der zugewiesenen ESF-Mittel festlegen. Je nach Bundesland ergeben sich Potenziale, Flüchtlingsprojekte innerhalb dieses Rahmens zu fördern. So unterstützt der ESF in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen beispielsweise vorbereitende qualifizierende Sprach- und Orientierungskurse für bisher nicht an Kursen teilnahmeberechtigte Asylbewerberinnen und Asylbewerber sowie geduldete Personen mit dem Ziel der Vorbereitung der Integration in den Arbeitsmarkt.

<b>Laufzeit</b>	<b>2014-2020</b>
<b>Gesamtbudget</b>	325 Mrd. Euro, davon 7,5 Mrd. Euro für Deutschland
<b>Fristen</b>	programmspezifisch
<b>Maximale Höhe pro Projekt</b>	programmspezifisch

<b>Eigenanteil des Projektträgers</b>	50% (für Deutschland)
<b>Maximale Projektlaufzeit</b>	Programmspezifisch

### **EfBB (EUROPA FÜR BÜRGERINNEN UND BÜRGER)**

Mit dem Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ werden die Kommunen dabei unterstützt, nicht nur den Flüchtlingen selbst Hilfe zu leisten, sondern auch in der Kommune für die Thematik zu sensibilisieren, Empathie und eine offene Willkommenskultur zu schaffen. Das Thema Flucht und Asyl bildet dabei einen der Schwerpunkte des Programms „Europa für Bürgerinnen und Bürger“. Für das Jahr 2016 wurden im Förderbereich 2: „Demokratisches Engagement und Bürgerbeteiligung“/„Zivilgesellschaftliches Engagement“ beispielsweise die Bekämpfung der Stigmatisierung von „Einwanderern“ und positive Gegenerzählungen zur Förderung des interkulturellen Dialogs und des gegenseitigen Verständnisses als expliziter Förderschwerpunkt aufgenommen. Städte und Kommunen können als *Partner* einer zivilgesellschaftlichen Organisation oder sonstigen Einrichtung an dem Projekt teilnehmen.

Die Förderung richtet sich an zivilgesellschaftliche Projekte, die sich dem Kampf gegen xenophobe, intolerante und diskriminierende Tendenzen widmen. Angehörige aus Drittstaaten sind sowohl als Teilnehmende als auch Mitwirkende explizit in das Programm miteingeschlossen. Die Projektauswahl erfolgt nach Prüfung der folgenden Vergabekriterien (Gewährungskriterien):

- Übereinstimmung mit den Zielen des Programms und des Programmbereichs (30% der Gesamtbewertung)
- Qualität des Arbeitsplans für das Projekt (35% der Gesamtbewertung)
- Verbreitung (15% der Gesamtbewertung)
- Wirkung und Bürgerbeteiligung (20% der Gesamtbewertung)

<b>Laufzeit</b>	<b>2014-2020</b>
<b>Gesamtbudget</b>	185,5 Millionen Euro; davon 60% in Förderbereich 2
<b>Fristen</b>	1. März für Programmbeginn zwischen 1. August und 31. Januar des Folgejahres
<b>Maximale Höhe pro Projekt</b>	150 000 Euro
<b>Eigenanteil des Projektträgers</b>	Zuschuss bemisst sich an Pauschalsätzen.
<b>Maximale Projektlaufzeit</b>	18 Monate

#### **ERASMUS +**

Möglichkeiten einer Förderung im Rahmen von Erasmus+ ergeben sich in der Erleichterung der Integration von Flüchtlingen und Asylsuchenden in das europäische Bildungssystem, der Erwachsenenbildung oder der Sprachvermittlung. Entsprechende Pilotprojekte wurden bereits in Cham, Hamburg, Leipzig, Potsdam, Treuchtlingen, Tübingen und weiteren deutschen Kommunen durchgeführt.

Zwar gibt es nur einen sehr kleinen Programmbereich, der sich direkt an geflüchtete AkademikerInnen richtet. In dem Programmleitfaden für 2016 ist die Berücksichtigung der Zielgruppe der Flüchtlinge und Asylsuchenden aber als Querschnittsaufgabe verankert: Entsprechende Projekte werden in den vorhandenen Kategorien teils prioritär berücksichtigt. Eine Übersicht über mögliche Ansatzpunkte bietet sich auf den Seiten der Kommission unter dem Stichwort "Erasmus+ helping refugees through."

<b>Laufzeit</b>	<b>2014-2020</b>
<b>Gesamtbudget</b>	14,775 Mrd. Euro
<b>Fristen</b>	Programmspezifisch; für 2016 zwischen Januar und Oktober 2016

<b>Maximale Höhe pro Projekt</b>	Projektspezifisch
<b>Eigenanteil des Projektträgers</b>	Zuschuss bemisst sich an Pauschalsätzen.
<b>Maximale Projektlaufzeit</b>	Projektspezifisch

### **EHAP (EUROPÄISCHER HILFSFONDS FÜR DIE AM STÄRKSTEN BENACHTEILIGTEN PERSONEN)**

Gelder aus dem EHAP sollen Menschen mit materiell und sozial besonders schwierigen Integrationsvoraussetzungen zugutekommen. Ob aus Mitteln des EHAPs auch Flüchtlingsprojekte gefördert werden können, wird von den Mitgliedsstaaten entschieden. In Deutschland wurden als Zielgruppen Wohnungslose und neu zugewanderte UnionsbürgerInnen sowie deren Kinder definiert, die nicht von Leistungen für AsylbewerberInnen profitieren können. Flüchtlinge aus Nicht-EU-Staaten sind daher nicht Teil des Programmes. Eine weitere Voraussetzung für eine Förderung in Deutschland ist die Zusammenarbeit in Kooperationsverbänden zwischen Kommunen und Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege oder anderen gemeinnützigen Trägern.

<b>Laufzeit</b>	<b>2014-2020</b>
<b>Gesamtbudget</b>	Für Deutschland: 92,8 Millionen Euro
<b>Fristen</b>	Letzte Antragsrunde 2015; Laufzeit bis 2018
<b>Maximale Höhe pro Projekt</b>	850 000 Euro
<b>Eigenanteil des Projektträgers</b>	5% (85% Kostenübernahme durch EU-Förderung, 10% Förderung des BMAS)
<b>Maximale Projektlaufzeit</b>	Drei Jahre

## **REC (RECHTE, GLEICHSTELLUNG UND UNIONSBÜRGERSCHAFT)**

Das Programm ist für verschiedene Akteurinnen und Akteure, darunter auch Kommunen, geöffnet. Es soll die BürgerInnen in der EU besser über geltende Rechte und Grundfreiheiten informieren. Unter anderem verfolgt dieses Programm auch die beiden Ziele Antidiskriminierung und die Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit. Förderfähige Maßnahmen sind analytische Aktivitäten (z.B. die Inauftraggabe von Studien), Schulungsmaßnahmen, Kampagnen zu den europäischen Grundrechten sowie Netzwerke auf europäischer Ebene. Es kann daher im Zusammenhang mit der Förderung zivilgesellschaftlicher Akzeptanz von Flüchtlingen zur Anwendung kommen und zur Bewusstseinschaffung für die Situation von Asylsuchenden beitragen. Die Förderung kann die Kofinanzierung einer Maßnahme sowie einzelner Dienstleistungen im Rahmen öffentlicher Auftragsvergabe beinhalten.

<b>Laufzeit</b>	<b>2014-2020</b>
<b>Gesamtbudget</b>	439 Mio. Euro
<b>Fristen</b>	Monatliche Projektausschreibungen
<b>Maximale Höhe pro Projekt</b>	Spezifisch
<b>Eigenanteil des Projektträgers</b>	Spezifisch
<b>Maximale Projektlaufzeit</b>	Spezifisch

## **UIA (URBAN INNOVATIVE ACTIONS/INITIATIVE INNERHALB DES EFRE)**

Durch die 2015/16 erstmals ausgeschriebene Initiative können kommunale Projekte gefördert werden, die außergewöhnlichen Innovationscharakter haben und deshalb innerhalb des städtischen „Tagesgeschäfts“ nur geringe Chancen hätten, überhaupt erprobt zu werden. Einer der Schwerpunkte der aktuellen Ausschreibung benennt explizit die „Integration von MigrantInnen und Flüchtlingen“, etwa im Bereich der Bildungsinfrastruktur, dem Sozial- und/oder Gesundheitsbereich, der Wohnungsinfrastruktur sowie der städtischen Erneue-

zung bestimmter Viertel. Die Ausschreibung ist für Städte und Gemeinden ab 50 000 EinwohnerInnen zugänglich, kleinere Kommunen können sich in einer Kooperation bewerben. Als minimale Orientierungsgröße für die Sicherung des Innovationscharakters des Projektes dient die Summe von einer Million Euro pro Projekt.

<b>Laufzeit</b>	<b>2015-2020</b>
<b>Gesamtbudget</b>	371 Mio. Euro
<b>Fristen</b>	31.3. für Projekte ab Oktober desselben Jahres
<b>Maximale Höhe pro Projekt</b>	5 Mio. Euro
<b>Eigenanteil des Projektträgers</b>	20%
<b>Maximale Projektlaufzeit</b>	Drei Jahre

## Literatur/Materialien/Ressourcen

### Publikationen, Studien und Forschungsergebnisse

FEPS (2016): From Europe to Local: Migrating Solidarity; <http://www.feps-europe.eu/assets/6c3a68df-00ef-47eb-9eac-b840470a9943/2016-09-27-solidar-publication-migration-online-versionpdf.pdf>

OECD (2016): Erfolgreiche Integration – Flüchtlinge und sonstige Schutzbedürftige; <http://www.oecd.org/els/erfolgreiche-integration-9789264251632-de.htm>

Serhat Karakayali, J. Olaf Kleist (2016): 'European Refugee Policy from Below?', *Forced Migration Review* 51, 'Destination Europe', pp. 65-67

MEDAM (2017): Assessment Report on Asylum and Migration Policies in Europe; <http://www.medam-migration.eu/archive/publications/2017-medam-assessment-report>

McKinsey (2017): Europe's new Refugees – A Roadmap for better Integration Outcomes; <https://www.mckinsey.com/featured-insights/employment-and-growth/a-road-map-for-integrating-europes-refugees>

Social Europe (2017): Refugees in the Visegrad-Countries; <https://www.socialeurope.eu/focus/refugees-visegrad-countries>

### Konferenz- und Tagungsdokumentationen

Friedrich-Ebert-Stiftung (2017): #Angekommen. Der Integrationskongress. 06.-07.03.2017, Berlin: <https://www.fes.de/angekommen/>

### Materialien und Toolkits

SHARE Network (2016): Volunteering for Refugee Integration: <https://www.resettlement.eu/sites/icmc.ttp.eu/files/Volunteering%20for%20Refugee%20Integration%20SHARE%20Toolkit%201015.pdf>

## IMPRESSUM

### HERAUSGEBER

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Michaelkirchstr. 17/18, 10179 Berlin-Mitte

( +49 30 62980 100

y info@b-b-e.de

ü <http://www.b-b-e.de>

<https://www.facebook.com/BundesnetzwerkBuergerschaftlichesEngagement/>

[https://twitter.com/BBE\\_Info](https://twitter.com/BBE_Info)

### ERARBEITET VON

Nino Kavelashvili, Mirko Schwärzel

### V.I.S.D.P.

PD Dr. Ansgar Klein

### ERSCHEINUNGSDATUM

April 2018

Die Erarbeitung der vorliegenden Recherche erfolgte im Rahmen der Tätigkeit der BBE Geschäftsstelle gGmbH. **Die Arbeit der Geschäftsstelle wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert.**